

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 2. Sitzung des Rates**

vom: **15.12.2020**

von: **16:00 Uhr**

bis: **20:25 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,  
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

### **Anwesend waren:**

#### I. Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen      - als Vorsitzender  
Stv Becker, Melanie  
Stv Bleckmann, Lisa  
Stv Böcking, Verena  
Stv Boller, Joachim  
Stv Christian, Thomas  
Stv Eberlein, Birgit  
Stv Eberling, Isabelle Cathrin  
Stv Englert, Franz  
Stv Grimm, Benjamin  
Stv Groß, Michael  
Stv Hähner, André  
Stv Harnacke, Maik  
Stv Helm, Martin  
Stv Heupel, Rüdiger  
Stv Hof, Felix  
1. stellv. BM Jung, Angela  
2. stellv. BM Kamieth, Jens  
Stv Klein, Henning  
Stv Klein, Marc  
Stv Könen, Wolfgang Max  
Stv Krumm, Heike  
Stv Langer, Günther  
Stv Molzberger, Adhemar

Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schiltz, Ingmar  
Stv Schmidt, Lena  
Stv Schmidt, Sabrina  
Stv Schulz, Jürgen  
Stv Six, Annette  
Stv Sondermann, Christian Paul  
Stv Stahl, Peter H.  
Stv Steffe, Roland  
Stv Wagener, Tanja - bis 19.20 Uhr, TOP 31  
Stv Walter, Klaus Volker  
Stv Weber, Frank  
Stv Wittenburg, Samuel

II. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Hellwig, Raimund  
s. B. Klaas, Henner

III. Vom Personalrat

VA Schneider, Daniel

IV. Von der Verwaltung:

StBR Schumann  
StR Fries  
Dezernent Schmidt  
Städt. VD Dorsch  
Städt. OVR Werthenbach  
Kaufm. Betriebsleiter ESi Quandel  
VA Helmes  
VA Dr. Schutz  
StAR Münker - als Schriftführerin

**Vorbemerkung:**

Aufgrund der Corona-Situation haben sich die Fraktionen darauf verständigt, die Sitzung als Präsenzsitzung unter Anwendung einer „Soll-Stärke-Vereinbarung“ durchzuführen

Um zum einem dem Spiegelbildlichkeitsgrundsatz zu entsprechen wie auch zum anderen die Beschlussfähigkeit sicherzustellen wurde eine Teilnahme von 36 Ratsmitgliedern zzgl. Bürgermeister festgelegt mit folgender Sitzverteilung:

Fraktion	Sitze
CDU	11 Sitze
SPD	8 Sitze
B90/Grüne	6 Sitze
FDP	2 Sitze
UWG	3 Sitze
Linke	2 Sitze
AfD	3 Sitze
Volt	1 Sitz
Bürgermeister	1 Sitz
<b>Summe</b>	<b>37 Sitze</b>

Daraus ergeben sich die im Vergleich zu anderen Ratssitzungen abweichenden Abstimmungsergebnisse.

### Zur Tagesordnung:

Ergänzt werden zwei Anfragen der FDP-Fraktion unter Punkt 2.6 und 2.7 sowie Punkt 7 im nichtöffentlichen Teil.

Die Punkte 3.5 und 7 des öffentlichen Teils werden zurückgezogen.

## A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

### 1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 04.11.2020

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

## 2. Rat 15.12.2020

### 2. Fragestunde

#### 2.1 Mediale Infrastruktur an Siegener Schulen - Anfrage der Volt-Fraktion -

Vorlage Nr. AF 7/2020 und AF 7/2020 A

Die nachstehende Antwort wurde im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellt:

*Wie wird der „Solinger Weg“ bezogen auf das potenzielle Infektionsgeschehen an Siegener Schulen bewertet?*

Zur Erläuterung: Die Stadt Solingen hatte in enger Abstimmung mit ihren Schulen ein Wechselmodell entwickelt, das für die weiterführenden Schulen Präsenz- und Distanzlernen flexibel und praxistauglich miteinander kombiniert. Auch andere Städte verfolgten ähnliche Plä-

ne, um den Infektionsschutz und das Recht auf Bildung bestmöglich miteinander zu verbinden. Die Umsetzung des Modells wurde seitens des MAGS NRW Anfang November jedoch per Weisung untersagt.

Wie bekannt, wird ein solches Modell seit einigen Wochen auch am Evangelischen Gymnasium in freier/kirchlicher Trägerschaft umgesetzt. Die beiden, die Stadt Siegen im Kuratorium vertretenden Personen haben deutlich für dieses Modell gestimmt.

Der Streit um den Schulbetrieb in Solingen zeigt, dass es in NRW keine Handlungsszenarien für die Unterrichtsorganisation bei unterschiedlichen Entwicklungen im Infektionsgeschehen gibt. Dass das Schulministerium bisher nur auf Präsenzunterricht bestand und ein Wechselmodell mit Distanzunterricht ablehnt, ist nicht nachzuvollziehen und risikobehaftet. Die aktuellen Entwicklungen und Entscheidungen zeigen, dass die Einschätzung der Schulträger hier richtig war und frühzeitiger die Möglichkeiten zur individuellen, lagebedingten Entscheidungen hätte gegeben werden müssen.

Andere Bundesländer wie beispielsweise Niedersachsen oder Hessen haben Konzepte erstellt, die Handlungsszenarien in Form von vier Stufenkonzepten vorsehen: angepasster Regelbetrieb, eingeschränkter Regelbetrieb, Wechselmodell zwischen Präsenz- und Distanzunterricht sowie ausschließlicher Distanzunterricht. Durch kleinere Lerngruppen in den Schulen sowie die Reduzierung der Schülerzahl in Schulbussen kann das Infektionsrisiko verringert werden. Ein gestuftes und an die jeweiligen Inzidenzwerte angepasstes Planungsszenario trägt damit den beiden zentralen Zielen – Bildungsgerechtigkeit und Infektionsschutz – gleichermaßen Rechnung und schafft überdies Klarheit für alle Beteiligten.

In NRW gibt es ein solches Stufenkonzept bislang nicht. Zwar hat das Schulministerium die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen befristet geändert und Regelungen für den Fall des notwendigen Distanzunterrichts getroffen, diese werden jedoch ausschließlich pädagogisch begründet und berücksichtigen weder das lokale Infektionsgeschehen noch die Infektionslage an den Schulen selbst. Auch die Coronabetreuungsverordnung enthält keine Vorgaben, ab wann Distanzunterricht stattfinden soll bzw. muss.

Nach unserer Auffassung hätten die Schulträger in einer Situation, in der die 7-Tage-Inzidenz vielerorts deutlich über 200 liegt, Handlungsoptionen benötigt, um einen sicheren Schulbetrieb gewährleisten zu können. Notwendig war und ist ein Handlungsrahmen mit landesweit gültigen, an die Infektionsentwicklung angepassten Szenarien, um rechtssicher handeln zu können. Präsenzunterricht sollte solange wie möglich stattfinden. Der Infektionsschutz muss aber neben pädagogischen und bildungspolitischen Aspekten im notwendigen Abwägungsprozess ebenso Berücksichtigung finden. Klare und einheitliche Vorgaben können zur nötigen Akzeptanz in der Öffentlichkeit führen.

*Steht den Siegener Schulen eine mediale Infrastruktur (Hard- und Software) zur Verfügung, um Unterricht in Echtzeit zu streamen?*

Zur Hardware wird auf Frage 2.3 verwiesen.

Im Softwarebereich werden überwiegend folgende Systeme eingesetzt:

## 1. LOGINEO NRW LMS – Lernmanagementsystem für Schulen in Nordrhein-Westfalen

Mit LOGINEO NRW stellt das Land Nordrhein-Westfalen den Schulen seit dem vergangenen Jahr eine rechtssichere und kostenfreie Arbeitsplattform zur Verfügung, die schulische Abläufe für Lehrerinnen und Lehrer vereinfacht und erleichtert. Das Lernmanagementsystem LOGINEO NRW LMS soll das Lernen auf Distanz erleichtern und zugleich dazu beitragen, Lehr- und Lernprozesse auch im Präsenzunterricht digital zu unterstützen.

Zur Nutzung des Lernmanagementsystems LOGINEO NRW LMS genügt ein internetfähiges Endgerät. LOGINEO NRW LMS ist eine browser-, wahlweise auch App-basierte Anwendung. Es ist weder ein Download noch eine Installation spezieller Software nötig. Die Anwendung basiert auf dem in Bildung und Wissenschaft etablierten und weit verbreiteten Open-Source-System „moodle“, das bereits in vielen Schulen und Hochschulen zum Einsatz kommt.

Über LOGINEO NRW LMS können zum Beispiel Aufgaben zum Selbstlernen erstellt und um entsprechende Lernmaterialien wie Texte, Bilder, Videos und Links ergänzt werden. Die Schülerinnen und Schüler können sich individuell und vertiefend damit auseinandersetzen und erhalten von ihren Lehrerinnen und Lehrern Feedback. Zugleich sind die Lehrkräfte über das Lernmanagementsystem bei Fragen für ihre Schülerinnen und Schüler erreichbar.

Zudem ermöglicht das System die Kommunikation und Kooperation im Kollegium und mit Schülerinnen und Schülern: im Plenum, in der Gruppe oder im Dialog. Mit LOGINEO NRW LMS können Lehrkräfte gezielt Unterstützung leisten; individuell, in der Kleingruppe oder in der Klasse beziehungsweise im Kurs. Es ist geplant, LOGINEO NRW sehr zeitnah um weitere Angebote zu ergänzen. In Arbeit sind ein Messenger-Dienst sowie ein Videokonferenztool. (Quelle: <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/ministerin-gebauer-wir-unterstuetzen-die-lehrerinnen-und-lehrer-mit-angeboten-fuer>)

## 2. Microsoft 365/ Microsoft FWU-Rahmenvertrag

Allgemein- und berufsbildende Schulen können mit dem bundesweit gültigen FWU-Rahmenvertrag Microsoft-Produkte sehr günstig mieten. Software wie Office, Windows und Server sind ebenso erhältlich wie Online-Dienste.

Die Lizenzierung basiert auf der Gesamtzahl der Mitarbeiter und gilt pauschal für die ganze Schule, unabhängig von der Anzahl der Rechner. Wenn weniger Mitarbeiter als zu lizenzierende Rechner zur Verfügung stehen - was regelmäßig der Fall ist -, ist der FWU-Rahmenvertrag oftmals preisgünstiger als andere Lizenzierungsmodelle.

Beispiel: Eine Schule mit 50 Mitarbeitern (FTEs) lizenziert 50 x Office Pro Plus und installiert diese nun auf beliebig vielen Schulcomputern (z. Bsp. 100). Hat die gesamte Bildungseinrichtung Office über den FWU lizenziert, können alle Lehrkräfte und Schüler/innen das komplette Office auch auf bis zu 15 privaten Endgeräten installieren und zu Hause verwenden - ob Mac, PC, Tablet oder Smartphone ist dabei unerheblich.

Microsoft TEAMS ermöglicht das virtuelle Lehren und Lernen und somit kollaboratives Arbeiten zwischen Lehrern und Schülern. Dokumentenaustausch, Chatten und Videokonferenzen sind dabei die Kernfunktionen von Microsoft TEAMS.

Folgende Schulen verfügen über entsprechende Lizenzen: Giersbergschule, Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule, Hammerhütter Schule, Friedrich-Flender-Schule, Geisweider Schule, Pestalozzischule Siegen, Achenbacher Schule, Realschule Am Oberen Schloss, Geschwister-Scholl-Schule, Gesamtschule Auf dem Schießberg, Gesamtschule Eiserfeld, Bertha-von-Suttner-Gesamtschule, Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium, Gymnasium am Löhrtor, Weiterbildungskolleg Siegen.

*Haben Siegener Schulen einen zuverlässigen und belastbaren Internetanschluss, der Echtzeitstreams aus gleichzeitigem Unterricht aus der Schule heraus möglich macht?*

Hinsichtlich der W-Lan Ausleuchtung in den Gebäuden ist dies bereits an zahlreichen städtischen Schulen der Fall. So verfügen bereits 7 Grundschulen und alle weiterführenden über eine entsprechende W-Lan Versorgung, wenn auch nicht immer in allen Gebäudeteilen. Für die Internetanschlüsse an den Gebäuden hat die Schulverwaltung die entsprechenden Förderprogramme des Landes und des Bundes zur Umsetzung in Anspruch genommen:

### **1. Landesschulrichtlinie zur Anbindung der Schulen**

Die Förderung erfolgt auf Grundlage der „Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für die Glasfaseranbindung der öffentlichen Schulen und der genehmigten Ersatzschulen“. Die Mittel werden durch das Land NRW zur Verfügung gestellt. Die Stadt Siegen hat im Juni 2020 den offiziellen Förderbescheid der Bezirksregierung Arnsberg für das Projekt "Schulen ans Gigabit-Netz" erhalten. Danach wird die Anbindung von 14 städtischen Schulstandorten ans schnelle Glasfasernetz mit fast 884.600 Euro und damit vollständig mit Landesmitteln gefördert.

Mit den Landesmitteln werden die Schulgebäude in städtischer Trägerschaft an das hochleistungsfähige Telekommunikationsnetz bis 31.12.2021 für einen zeitgemäßen digitalen Unterricht angeschlossen (Realschule Am Häusling, Albert-Schweitzer-Schule, Geisweider Schule, Grundschule Eiserfeld Teilstandort, Friedrich-Flender-Schule, Giersbergschule, Grundschule Kaan-Marienborn, Nordschule, Obenstruthschule, Diesterwegschule, Sonnenhangschule, Grundschule Auf dem Hubenfeld sowie der Förderschulverbund Pestalozzischule und die Montessorischule Siegen).

### **2. Bundesförderprogramm Breitbandausbau - 6. Call**

Die Förderung erfolgt auf Grundlage der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“. Die Mittel werden vom Bund zur Verfügung gestellt. Mit dem Programm sollen die übrigen (weiterführenden) Schulen eine hochleistungsfähige Breitbandversorgung erfahren. Das Ausschreibungs- bzw. Vergabeverfahren ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

Ein vollständiges flächendeckendes W-Lan ist in denjenigen Schulgebäuden vorhanden, die in den vergangenen Monaten mit Baumaßnahmen konfrontiert waren (Friedrich-Flender-Schule, Weiterbildungskolleg, Bertha-von-Suttner-Gesamtschule, Standort Giersbergstr.). Generell gilt, dass im Zuge von städtischen Baumaßnahmen an Schulen grundsätzlich Elektroinstallationsarbeiten aus Synergieeffekten mitausgeführt werden. Im Haushaltsjahr 2021 werden beispielsweise die (... Nennung der Schulen/n) mit einer strukturierten Netzwerkverkabelung berücksichtigt. Spätestens bis zum Auslaufen des Digitalpaktes (31.12.2024) soll ein Großteil der städtischen Schulen mit flächendeckendem schulischen WLAN versorgt sein.

*Wird im Kontext des Rechts auf Bildung dafür Sorge getragen, dass alle Schüler und Schülerinnen an Siegener Schulen im Zweifelsfall am Unterricht auf Distanz digital teilnehmen können?*

Auch wenn nach Rückmeldung der Schulen die Schülerschaft überwiegend über digitale Endgeräte verfügt, gibt es in vielen Familien höchstens einen Laptop, Computer oder Tablet, was den dort lebenden Kindern Probleme mit dem Fernunterricht bereiten kann.

Im Rahmen des sog. "Sofortausstattungsprogramms" stehen der Stadt Siegen gemäß der entsprechenden Förderrichtlinie förderfähige Gesamtausgaben in Höhe von 696.207,13 € zur Verfügung. Dieser Betrag beinhaltet bereits den von der Stadt Siegens als Zuwendungsempfänger (Schulträger) zu erbringenden Eigenanteil in Höhe von mindestens 10% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben (626.586,42 €). Der Eigenanteil beträgt 69.620,71 €. Gefördert wird die Anschaffung von schulgebundenen mobilen Endgeräten (Laptops, Notebooks und Tablets mit Ausnahme von Smartphones) für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf zum Ausgleich sozialer Ungleichgewichte einschließlich der Inbetriebnahme sowie der Einsatz des erforderlichen Zubehörs.

Bei einem maximalen Förderbetrag je Endgerät (inkl. Inbetriebnahme und Zubehör) von 500,- € können ca. 1.390 Endgeräte für Schülerinnen und Schüler beschafft werden. Die Auftragsvergabe für die digitale Sofortausstattung für Schülerinnen und Schüler ist erfolgt. Derzeit ist die Lieferung und Installation der Endgeräte (iPad) noch zeitlich offen; die Microsoft Surface GO Geräte wurden bereits an die Schulen ausgeliefert und können in der aktuellen Situation bereits an Schülerinnen und Schüler verliehen werden. Die Stadt Siegen wird bis zum Auslaufen des Förderprogrammes den vollen Förderbetrag ausschöpfen.

Festzuhalten ist, dass es derzeit noch keine Vorgaben auf Bundes- oder Landesebene zur Verwendung von digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler im Unterricht und deren Anschaffung gibt.

Werden bereits mobile Endgeräte im Unterricht eingesetzt, wird dies in der Stadt Siegen an Hand zweier Modelle realisiert:

- Modell 1 ist die Anschaffung von digitalen Endgeräten durch den Schulträger über die Schulbudgets zumeist in Anzahl einer Klasse oder Lerngruppe, die dann von den Schulen bzw. Lehrkräften im Unterricht eingesetzt werden können.
- Modell 2 ist die freiwillige Anschaffung von mobilen Endgeräten durch die Familien, um an sogenannten Tablet-Klassen teilzunehmen.

Der Weg zu einer "Vollausstattung" - also der Zurverfügungstellung eines mobilen Endgerätes für alle Schüler und Schülerinnen an Siegener Schulen - ist jedoch sowohl in zeitlicher, vor allem aber in finanzieller Hinsicht eine Herausforderung für die nächsten Jahre.

Herr Schmidt informiert ergänzend zur aktuellen Nutzung der Möglichkeit des Distanzunterrichtes.

Herr Wittenburg fragt ergänzend, auf welchem Weg alle Schulen bis zum Jahr 2024 mit WLAN ausgestattet werden können.

Herr Schmidt erläutert, dass zu trennen ist zwischen der Einrichtung eines leistungsfähigen Anschlusses durch den Telekommunikationsanbieter und der technischen Ausstattung innerhalb der Gebäude, was nach Zielsetzung der Verwaltung mit Abschluss des Digitalpaktes erfolgt sein sollte. Allerdings muss hier der Vorbehalt der entsprechenden Mittelbereitstellung aus dem städtischen Haushalt gemacht werden, wo die Gelder aus dem Digitalpakt nicht ausreichen.

**2. Rat 15.12.2020**

## **2.2 Wiederbesetzung der Stelle der/des Behindertenbeauftragten - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -**

Vorlage Nr. AF 8/2020 und AF 8/2020 A

Die Antwort der Verwaltung wurde im Vorfeld zur Verfügung gestellt.

### **Vorbemerkung**

Es ist auch weiterhin vorgesehen, sowohl die Beratungsleistungen für Menschen mit Behinderungen wie auch die Geschäftsführung des Beirates für Menschen mit Behinderung vorzuhalten. Bei der Beratungsarbeit handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Siegen, die ergänzend zu weiteren Angeboten der freien Wohlfahrtspflege, von Vereinen und Verbänden und neuerdings auch zur „Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung“ durch die Stadt Siegen vorgehalten wird. Sie wurde in der Vergangenheit weder in Quantität noch in Qualität festgeschrieben. Vielmehr waren für die tatsächliche Besetzung immer auch organisatorische und personalwirtschaftliche Gründe ausschlaggebend.

Im Vorfeld der nun zu erfolgenden Besetzung wurde auch unter Berücksichtigung des Beschlusses durch den AfSFS im Januar dieses Jahres festgelegt, dass in den Bereichen Behinderte, Senioren und Migration je 1 Stelle für Beauftragte und insgesamt 2 Stellen für die Fachberatung sowie eine Verwaltungsstelle vorzusehen sind.

Im Bereich der Behindertenbeauftragten und der dortigen Fachberatung waren bisher 2 Vollzeitstellen vorhanden, von denen auch aktuell weiterhin eine Stelle besetzt ist.

Die Stelle der/des Behindertenbeauftragten soll auf Grundlage der geltenden Stellenbesetzungsrichtlinie mit einer geeigneten Person besetzt werden. Hierfür ist eine aktualisierte



Stellenbeschreibung sowohl für die Beauftragten wie die Fachberatungsstelle erforderlich. Diese wird derzeit vom Geschäftsbereich 5 mit Unterstützung der Abteilung 1/1-1 erarbeitet.

Die Aufgaben des Bereichs der/des Beauftragten für Menschen mit Behinderung und dessen/deren Fachberatung sollen auch künftig umfassen:

- die persönliche Beratung von Bürgerinnen und Bürgern
- die Beratung zum barrierefreien Bauen
- die Geschäftsführung für den Beirat und Leitung der AG Begegnung
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

*Seit wann läuft das Ausschreibungsverfahren?*

Es läuft kein Ausschreibungsverfahren, sondern ein internes Stellenbesetzungsverfahren. Näheres ist in der Vorbemerkung beschrieben.

*Wie viele Bewerbungen gibt es?*

Da kein Ausschreibungsverfahren läuft gibt es auch keine Bewerbungen. Es liegt aber eine Initiativbewerbung aus dem Kreis der Mitarbeitenden vor.

*Wann ist mit der Neubesetzung zu rechnen, wann wird die Arbeit konkret wieder aufgenommen?*

Wie bei allen Stellenbesetzungen beabsichtigt die Verwaltung eine schnellstmögliche Wiederbesetzung. Einige Verfahrensschritte in Besetzungsverfahren benötigen aber einen nicht immer genau zu beziffernden Zeitraum.

Die Arbeit wurde nie ausgesetzt. Die weitere vorhandene Fachkraftstelle im Bereich für die Menschen mit Behinderung setzt ihre Tätigkeit fort und erledigt die wesentlichen Aufgaben. So wurden Beiratssitzungen durchgeführt, die von hier zu erledigenden Aufgaben im Kontext der Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen erfüllt, Kontakt zu Betroffenen und Organisationen gehalten usw.

**2. Rat 15.12.2020**

### **2.3 Förderprogramm für Betreiber von Bürgerhäusern und Versammlungsstätten - Anfrage der UWG-Fraktion -**

Vorlage Nr. AF 9/2020 und AF 9/2020 A

Die Antwort der Verwaltung wurde im Vorfeld zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung prüft aktuell die Möglichkeiten, ein den verschiedenen Bedarfen von Betreibern der Bürgerhäuser und Versammlungsstätten angemessenes Förderprogramm aufzusetzen. Hierzu ist eine umfangreiche Abstimmung mit bestehenden Förderrichtlinien sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene notwendig. Darüber hinaus ist eine umfassende Bestandsaufnahme erforderlich, da die Eigentums- und Betriebsverhältnisse bei den Bürgerhäusern sehr unterschiedlich sind. Neben Erarbeitung und Beschluss einer Förderrichtlinie müssen die personellen und finanziellen Ressourcen geschaffen werden. Daher ist die Einführung des Förderprogramms nicht vor der Genehmigung des städtischen Haushalts zu erwarten.

**2. Rat 15.12.2020**

## **2.4 Mögliche Rückführung von Überschüssen der Sparkasse Siegen in den öffentlichen Haushalt der Stadt Siegen**

### **- Anfrage der Volt-Fraktion -**

Vorlage Nr. AF 12/2020 und AF 12/2020 A

Die Fragen wurden teilweise in der Sitzung beantwortet oder die Antworten unmittelbar im Anschluss zur Verfügung gestellt:

#### **Vorbemerkung:**

In der Anfrage wird ausgeführt, dass es bei Gewinnen der Sparkassen um Gelder geht, die u. a. an die Träger zurückzuführen sind ....

Dies trifft so nicht zu. Sparkassen haben keine Kapitalausstattung von ihren Trägern erhalten, sondern der gesamte Kapitalstock ist durch Thesaurierung aufgebaut worden. Das heißt auch, dass dies die einzige Möglichkeit ist, Wirtschaftswachstum der Region, begleitet durch Kreditwachstum, durch thesaurierte Gewinne überhaupt begleiten zu können.

Bei einem von der Sparkasse Siegen angenommenen Kreditwachstum der nächsten Jahre von 3 – 3,5 % Punkten bedeutet dies bei einer geforderten Eigenkapitalunterlegung über alles von 12,5 %, dass dafür pro Jahr etwa 12,5 bis 15 Mio. Euro Eigenkapital bilden müssen, um nicht an relativer Stärke abzunehmen.

*Welchen Überschuss erzielte der Sparkassenzweckverband in den Jahren 2010-2019?*

Zunächst zur Klarstellung, dass der Sparkassenzweckverband nicht operativ tätig ist und ich davon ausgehe, dass gemeint ist, welche Überschüsse die Sparkasse Siegen in Summe von 2010 – 2019 erwirtschaftet hat. Hierbei weise ich darauf hin, dass in dem genannten Zeitraum zwei Fusionen mit der Sparkasse Freudenberg und der Sparkasse Hilchenbach stattgefunden haben. Vor diesem Hintergrund folgende Jahresüberschüsse:

2010	3,1 Mio. Euro
2011	3,7 Mio. Euro
2012	4,0 Mio. Euro
2013	3,9 Mio. Euro
2014	3,9 Mio. Euro
2015	3,9 Mio. Euro
2016	3,9 Mio. Euro
2017	4,1 Mio. Euro
2018	5,1 Mio. Euro
2019	5,5 Mio. Euro

*Welche Gesellschaftsanteile haben die einzelnen Träger im Sparkassenzweckverband?*

Die Sparkasse Siegen ist eine Anstalt öffentlichen Rechts, die ihrerseits in dem Sinne keine Gesellschaftsanteile vorsieht. Die Anstalt öffentlichen Rechts ist rechtshistorisch einer Stiftung nahe und gilt als Zweckvermögen. Wenn man die hinter einem Gesellschaftsanteil stehenden Parameter nimmt „wie groß“, „wonach bemisst sich der Einfluss“ und „wie werden Erfolge verteilt“, ergeben sich zwei unterschiedliche Parameter, die sich aus der Satzung und aus dem öffentlich-rechtlichen Vertrag der Sparkasse Siegen ergeben.

Die Stimmrechte orientieren sich hierbei an dem Verhältnis der Einwohner zueinander, wie nach der gerade stattgefundenen Kommunalwahl auch praktiziert.

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 betrug die Gesamtbevölkerung der Städte Siegen, Freudenberg, Hilchenbach, Kreuztal, Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf 209.571 Personen.

Davon entfielen auf

die Stadt Siegen 102.770 = 49,01 %

die Stadt Freudenberg 17.711 = 8,45 %

die Stadt Hilchenbach 14.801 = 7,06 %

die Stadt Kreuztal 31.122 = 14,85 %

die Stadt Netphen 23.081 = 11,01 %

die Gemeinde Wilnsdorf 20.086 = 9,58 %

Die Zerlegung der Gewerbesteuer als auch Gewinnausschüttungen oder auch den Kommunen zuzuordnende Spenden richten sich nach dem Verhältnis der Kundeneinlagen verteilt nach Wohnorten.

*Welche Anteile des Überschusses wurden in diesen Jahren an die Träger – hier: die Stadt Siegen – ausgeschüttet / in den kommunalen Haushalt zurückgeführt?*

Auch hier vorab der Hinweis, dass es eine Rückführung in den Haushalt nicht geben kann, weil eben keine Kapitaleinlage geleistet wurde.

In den Jahren 2010 – 2019 hat es keine Gewinnausschüttungen gegeben. Unabhängig davon hat die Sparkasse Siegen jedoch ein weit überdurchschnittliches gesellschaftliches Engagement auch in diesem Zeitraum geleistet. Hierüber wurde in der Zweckverbandsversammlung berichtet.

Z.B. wurden allein in 2020 rd. 680.000 Euro direkt an die Stadt Siegen gespendet und im Rahmen steuerrechtlicher Vorschriften für im Haushalt veranschlagte gemeinnützige Zwecke verwendet. In Abstimmung mit den Gremien der Stadt Siegen werden darüber hinaus zusätzlich z.B. erhebliche Zuwendungen an den Stadtjugendring, die Siegener Sportvereine und die Sozialverbände geleistet.

*Welche Summe muss die gesetzlich vorgeschriebene Sicherheitsrücklage umfassen?*

*Welchen Umfang hat die aktuelle Sicherheitsrücklage des Sparkassenzweckverbandes?*

Die Sicherheitsrücklage gem. § 25 SpkG (1) c) ist nur eine Teilmenge des von der Aufsicht geforderten Kernkapitals und des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Die Sicherheitsrücklage der Sparkasse Siegen betrug Ende 2019 244,1 Mio. Euro. Hierzu kommen als Kernkapital noch die Rücklagen gem. § 340 g „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ mit 194,5 Mio. Euro, was in Summe ein Kernkapital - ohne sich durch gewisse Verrechnungen ergebende Abzüge - von 438,6 Mio. Euro ergibt. Ohne weitere Abzüge kommen dann durch Rücklagen nach § 340 f 35,1 Mio. Euro hinzu, so dass sich in Summe ein wirtschaftliches Eigenkapital unter Berücksichtigung der Zuführungen per Ende 2019 von 473,7 Mio. Euro für die Sparkasse ergibt.

Hiervon sind einmal für die Haftung gegenüber der Ersten Abwicklungsanstalt (Abwicklung WestLB) und für künftig zu bildende Rücklagen 15,4 Mio. Euro gebunden, so dass sich nach diesen Abzügen ein haftendes Eigenkapital von 458,3 Mio. Euro ergibt.

Gefordert werden derzeit unter Einbeziehung von Zuschlägen der Aufsicht 12,5 % der zu bemessenden Risiken (Risikoaktiva). Das heißt, derzeit fix gebunden in Säule 1 sind ca. 326,5 Mio. Euro. Dies ist der Betrag, den die Sparkasse überschreiten muss, um mit jeder Überschreitung dann auch Risiken in der Säule 2 (ökonomische Perspektive) eingehen zu können, d. h. Eigenkapitalunterlegung sowohl für

bereits im Bestand befindliche Geschäfte als auch für Neugeschäfte. An dieser Schwelle von 12,5 % bemisst sich dann die Risikotragfähigkeit der Sparkasse Siegen, die wiederum Rahmen ist für die Möglichkeit, Risiken u. a. im Kreditgeschäft oder Marktpreisrisiken eingehen zu können.

In Anbetracht der so ermittelten Risikotragfähigkeit ist die Sparkasse derzeit in der Lage, alle erkennbaren Risiken zu tragen. Ausweislich des Prüfungsberichts sind wir im Vergleich zu anderen Sparkassen in Westfalen jedoch noch unterdurchschnittlich mit Kapital ausgestattet. Keineswegs kann daher aus dem Überschreiten des Mindestbetrages hergeleitet werden, dass dieser für den Betrieb der Sparkasse und zur Tragung von Risiken nicht erforderlich ist. Dies ist so auch den entsprechenden Prüfungsberichten zu entnehmen.

*Existieren darüber hinaus freie Rücklagen? Wenn ja, in welcher Höhe?*

Eine freie Rücklage gem. §25 (1) SpkG existiert nicht

*In welchem Umfang verwendet der Sparkassenzweckverband ihren Überschuss für gemeinwohlorientierte örtliche Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke?*

Auch hier zur Klarstellung, dass der Sparkassenzweckverband keine Gewinn- und Verlustrechnung hat und auch keine Mittel zuwendet. Ich gehe davon aus, dass hier die Sparkasse Siegen gemeint ist, die ihrerseits ja im Sparkassenzweckverband ausgeführt hat, im Jahr 2019 4,2 Mio. Euro insgesamt an Spenden der Region zur Verfügung gestellt zu haben im Verhältnis der Einlagen der Kunden verteilt nach den jeweiligen Wohnorten. Hierzu kommen aus Stiftungen, sogenannten PS-Zweckträgen und Sponsoring-Beiträgen rd. 2 Mio. Euro, so dass das von uns beschriebene gesellschaftliche Engagement der Sparkasse Siegen im Jahr 2019 über 6 Mio. Euro betragen hat.

Im Vergleich wendet die Sparkasse Siegen in Form des gesellschaftlichen Engagements rd. 80 % mehr auf als andere westfälisch-lippische Sparkassen einschließlich Ausschüttungen pro Einwohner.

#### **Zusatzfragen:**

*Wer entscheidet in der Kommune Siegen über die konkrete Zuwendung durch Spenden der Sparkasse?*

Hierzu verweise ich auf die Beantwortung der Frage 3. der ersten Anfrage

*Gibt es ein Kontrollgremium / eine Kontrollinstanz für diese Entscheidungen?*

*Ist auszuschließen, dass solche Entscheidungen in der Vergangenheit für die Kommune Siegen Einzelpersonen in Absprache mit der Sparkasse getroffen wurden?*

Die Spenden unmittelbar an die Stadt Siegen werden im Haushalt veranschlagt, über diesen entscheidet der Rat.

Seitens der Sparkasse bedürfen Spenden oberhalb eines Betrages von 5.000 Euro eines Beschlusses des Vorstands. Alle Spenden der Sparkasse Siegen werden dem Gesamtverwaltungsrat transparent offengelegt.

**2. Rat 15.12.2020**

## **2.5 Arbeit im Rat und in den Ausschüssen während der aktuellen Corona-Pandemie - Anfrage der Volt-Fraktion -**

Vorlage Nr. AF 13/2020 und AF 13/2020 A

1. *Wie viele Anfragen für Fach- und Bezirksausschüsse liegen momentan vor? (Bitte nach Ausschüssen aufschlüsseln)*
2. *Wie viele Anträge und Verwaltungsvorlagen für die Fach- und Bezirksausschüsse liegen momentan vor? (Bitte nach Ausschüssen aufschlüsseln)*
3. *Wie viele Dringlichkeitsbeschlüsse sind in der Zeit vom März 2020 bis Dezember 2020 angefallen? (Bitte nach Ausschüssen aufschlüsseln)*

Das komplette Sitzungsverfahren wird über die Software SD.Net abgewickelt. Daran schließt sich das so genannte Ratsinformationssystem, aufgeteilt in einen öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich, an. Ratsmitglieder haben mithilfe eines passwortgeschützten Zugangs die Möglichkeit, auch den nichtöffentlichen Bereich einzusehen.

Insofern ist tagesaktuell im Ratsinformationssystem abrufbar, wie viele Vorlagen, Anfragen und Anträge zur Beratung und Behandlung in den entsprechenden Gremien vorliegen, unabhängig von einer formalen Einladung. Mithilfe von entsprechenden Filterfunktionen lassen sich die Vorlagen den Gremien zuordnen. Zur besseren Übersicht sind die Vorlagen zusätzlich ab dieser Wahlperiode mit VL für Vorlage, AF für Anfragen und AT für Anträge gekennzeichnet.

Auch die getroffenen Dringlichkeitsentscheidungen werden im Ratsinformationssystem zum Abruf bereitgestellt, da diese nachträglich genehmigt werden.

**2. Rat 15.12.2020**

## **2.6 Besetzung der Leitung der Zentralen Gebäudewirtschaft Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage Nr. AF 14/2020 und AF 14/2020 A

Die Antwort wurde im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellt.

Im Hinblick auf das planmäßige Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers im Jahr 2020 hat sich die Verwaltung bereits frühzeitig Gedanken darüber gemacht, wie die Stelle neu besetzt werden soll. Dabei kristallisierte sich schnell heraus, dass es aus verschiedenen Gründen notwendig erschien, zunächst eine Organisationsuntersuchung der Zentralen Gebäudewirtschaft vorzunehmen. Hierzu wurde die Expertise der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Management Köln (KGSt) zur Hilfe genommen. Nach verschiedenen internen Vorbesprechungen sowie Besprechung mit der KGSt wurde im Juli 2019 von dort aus ein Angebot vorgelegt. Dies konnte nach den notwendigen Auftragsabsprachen sowie Klärung und Bearbeitung rechtlichen Bedingungen, z.B. Vergaberecht, am 16.12.2019 in Auftrag gegeben werden. Im Rahmen der Organisationsuntersuchung wurden insbesondere folgende Aspekte behandelt:

- Erstanalyse der Aufbau- und Ablauforganisation
- Abgabe einer KGSt-Empfehlung zu kurzfristig umsetzbaren Optimierungsansätzen
- Abgabe einer KGSt-Empfehlung zur Ausgestaltung der Phase 2 der Organisationsuntersuchung, um vertiefend Untersuchungen durchzuführen, sofern dies notwendig erscheint.

Nach erfolgter Untersuchung wurde am 25.08.2020 der finale Abschlussbericht vorgelegt, der am gleichen Tag den Beschäftigten der Abteilung 4/4 Zentrale Gebäudewirtschaft vorgestellt wurde. Die geplante Information der Politik konnte dann coronabedingt jedoch nicht mehr erfolgen. Sie ist eingeplant für die nächste Sitzungsfolge des Bauausschusses.

Ein wesentliches Ergebnis der Organisationsuntersuchung war, dass sich zum einen keine Bewerberin und kein Bewerber aus dem eigenen Hause für die Stelle findet und zum anderen die externe Ausschreibung ebenfalls durch die KGSt begleitet werden soll, da die Anforderungen an die künftige Abteilungsleitung 4/4 nicht mit denen an den bisherigen Stelleninhaber vergleichbar sind. Die Verwaltung hat in einem langen Abwägungsprozess daher in Kauf genommen, dass eine Vakanz entsteht und zur Bewältigung dieser Zeit bereits personalwirtschaftliche Maßnahmen getroffen. Unterm Strich erscheint dies aber nach wie vor allen Beteiligten als der richtige Weg.

Aus Datenschutzgründen werden die weiteren Fragen im nichtöffentlichen Teil beantwortet.

## 2. Rat 15.12.2020

### 2.7 Wiederbesetzung der Leitungsstelle Schule Anfrage der FDP-Fraktion -

Vorlage Nr. AF 15/2020 und AF 15/2020 A

*Nach dem Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaberin war die Stelle der Abteilungsleiterin/des Abteilungsleiters Schule neu zu besetzen. Wann ist die Stelle ausgeschrieben worden und mit welchem Ergebnis? Wann wird die Stelle wieder besetzt sein? Wann war der letzte Arbeitstag des bisherigen Stelleninhabers?*

Nach dem Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaberin wurde die Abteilung mit einer sehr guten kommissarischen Leitung sowie einer sehr guten Stellvertretung aus der Abteilung heraus besetzt. Der Geschäftsbereichsleiter, dieser derzeitige kommissarische Leiter und die Personalverwaltung sind schon vor dem Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaberin übereingekommen, die Stelle für mindestens ein halbes Jahr nicht zu besetzen. Grund war die besondere Situation der Abteilung, die aus Sicht der Verwaltung zunächst einer Konsolidierung des Teams bedurfte. Dies ist nun abgeschlossen. Die Stelle war vom 27.10.2020 bis 18.11.2020 ausgeschrieben. Derzeit läuft das Personalauswahlverfahren. Mit einer Besetzung ist im ersten Quartal 2021 zu rechnen.

*Nachdem die Stellen des Leiters der Bauaufsicht und der Stellvertretung derzeit ausgeschrieben werden, ist hier eine Vakanz. Wer leitet die Abteilung derzeit? Welche Konsequenzen hat*

*die Situation für die Arbeit der Bauaufsicht? Seit wann war der Verwaltung der Zeitraum des Ausscheidens des bisherigen Stelleninhabers bekannt?*

Sowohl der Abteilungsleiter als auch sein Stellvertreter haben kurzfristig und überraschend gekündigt. Beide Kündigungen kamen unabhängig voneinander und stehen in keinem Zusammenhang mit der Stadt, sondern liegen im privaten Bereich. Die Leitung der Abteilung 4/3 wird aktuell von Stadtbaurat Henrik Schumann übernommen. Nach erfolgter interner und mehrmaliger externer Ausschreibung besteht nach der letzten Ausschreibung die Hoffnung, die Stelle besetzen zu können. Der tatsächliche Stellenantritt für beide Stellen hängt von den jeweiligen Kündigungsfristen der möglichen Kandidatinnen und Kandidaten ab. Bis dahin bleibt es bei der Interimslösung, dass Henrik Schumann die Leitung innehat. Durch den besonderen Einsatz aller Beteiligten halten sich die Folgen zweier unbesetzter Stellen derzeit noch in Grenzen. Zurzeit läuft das Personalauswahlverfahren. Mit einer Zustimmung gemäß LPVG ist im alten Jahr nicht mehr zu rechnen. Die Auswahlgespräche sind derzeit für die KW 03/2021 geplant.

## 2. Rat 15.12.2020

### 3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

#### 3.1 Entwicklung von Wohnbauflächen für eine Tiny-House-Siedlung - Antrag der FDP-Fraktion -

Vorlage Nr. AT 1/2020

Herr Walter legt die Gründe für die Initiative der FDP-Fraktion noch einmal eingehend dar.

Herr Schumann erklärt, dass das Thema in der Verwaltung präsent ist. Aufgrund einzelner Anfragen werden die städtischen Grundstücke, für die Baurecht (Bebauungsplan oder nach §34 BauGB) besteht, dahingehend überprüft, ob Tiny-Houses aufgrund der besonderen Anforderungen (z.B. Topografie) realisierbar sind. Die in Frage kommenden Grundstücke werden im Arbeitskreis oder im Fachausschuss vorgestellt, ob eine spezielle Ausschreibung für diesen Wohnungstyp mit neuen Kriterien erfolgen soll. Baurechtlich sind Tiny-Houses wie jedes andere Wohngebäude zu beurteilen.

Herr Schiltz stellt fest, dass mit dem Aufstellungsbeschluss für die Wohnbauflächen auf dem Schießberg dem Antrag im Grunde bereits entsprochen wurde und dieser als erledigt angesehen werden kann.

Herr Weber schließt sich für die CDU-Fraktion seinem Vorredner an.

Die Fraktion Volt unterstützt den Antrag, so Herr Wittenburg und sieht das Angebot solcher Flächen als positiven weichen Standortfaktor, zumal die Häuser unter den Gesichtspunkten ökologisch und nachhaltig positiv zu bewerten sind. Die Kriterien für die Fläche am Schießberg genügen den Anforderungen an eine Tiny-House-Siedlung nicht.

Die UWG-Fraktion unterstützt den Antrag, erklärt Herr Langer.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Wohnbaulandentwicklungsprozesses eine geeignete Fläche für eine Tiny-House-Siedlung zu identifizieren. Gleichzeitig sollen die in Siegen bestehenden Regeln für Bau und Nutzung eines Tiny-Houses bürgerfreundlich überarbeitet und kommuniziert werden.

**Beratungsergebnis: 17 Stimmen dafür, 20 dagegen, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**3.2      Städtischer Zuschuss für die Verwendung von Mehrwegwindeln**  
**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -**

Vorlage Nr. AT 2/2020

Für die Antragsteller verweist Frau Bleckmann zunächst auf die verschiedenen Ansätze zur Abfallvermeidung. Mit der Nutzung von Mehrwegwindeln kann ein Beitrag zur Reduzierung des Restmülls geleistet werden. Auch wenn die Kosten für die Anschaffung von Mehrwegwindeln in der Gesamtbetrachtung geringer sein werden, sollte ein Anreiz geschaffen werden in einem Zeitraum, wo Familien ohnehin höhere Kosten entstehen.

Verwaltungsseitig verweist Herr Fries auf den organisatorischen und finanziellen Aufwand, der nicht über den Gebührenhaushalt zu Lasten aller Haushalte ausgeglichen werden kann. Im Gegenzug wird der Anteil am Gesamtgewicht des Restmülls als marginal angesehen.

Für die CDU-Fraktion sehen Herr Sondermann und für die SPD-Fraktion Herr Hof den Antrag als zu einseitig betrachtet. Zu bedenken sind auch die Kosten für Wasser- und Energieverbrauch sowie der zeitliche Aufwand für die Eltern. In der Gesamtabwägung sehen sie keinen Vorteil, der eine finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Siegen rechtfertigen würde. Ungeachtet dessen ist es sinnvoll, auf die Verwendung von Mehrwegwindeln in den genannten Broschüren hinzuweisen.

Herr Steffe sieht die Einsparungen bei den Abfallmengen im Verhältnis zu dem Aufwand und den Kosten für Mehrwegwindeln als nicht stimmig an. Gleiches gilt für die Höhe des Zuschusses im Vergleich zu den Kosten.

Herr Boller und Herr Groß können die Gegenargumente nicht nachvollziehen, da auch für andere Maßnahmen zur Reduzierung des Restmülls besondere Anreize gegeben und Anstrengungen unternommen werden. Zudem verweisen sie auf die positive Einstellung anderer Kommunen.

=> Vor dem Hintergrund der kontroversen Positionen sind die Antragsteller mit einer getrennten Beschlussfassung einverstanden.



**Beschluss:**

Die Stadt Siegen gewährt für die Anschaffung von Mehrwegwindeln oder die Inanspruchnahme eines Windeldienstes einen einmaligen Zuschuss in Höhe von bis zu 100,00 Euro pro Kind eines Haushaltes mit Wohnsitz in Siegen bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr. Dafür werden 5.000 Euro pro Jahr im Budgetbereich der Stadtreinigung ab dem 01.01.2021 eingeplant.

**Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 23 dagegen, 0 Enthaltungen**

**Beschluss:**

Über die Vorteile der Verwendung von Mehrwegwindeln wird unter anderem bei der Servicestelle „Willkommen im Leben“ in der Begrüßungsmappe und den Willkommensbesuchen informiert und beraten. Entsprechende Informationen sollen ebenfalls über das Familienbüro und andere Familienberatungsstellen verteilt werden. Auch eine Informationsbroschüre bei der Abfallberatung und Aufnahme in den jährlichen Abfallkalender sollten erfolgen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**3.3 Ressourceneffizientes Gewerbegebiet Martinshardt II**  
**- Antrag der CDU-Fraktion -**

Vorlage Nr. AT 5/2020

Die SPD-Fraktion unterstützt nach Aussage von Herrn Rujanski den Vorschlag zu ermitteln, wie eine Optimierung unter ökologischen Gesichtspunkten aussehen kann. Er verweist darauf, dass die Politik bei Firmenbesuchen immer wieder auf das Thema angesprochen wird.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erachten Herr Groß und Herr Boller den Antrag unter Klimaschutzgesichtspunkten als weichgespült. Insbesondere die Definition „ressourceneffizient“ bleibt hinter den in den letzten Monaten diskutierten Zielen zurück. Es werden keine konkreten Forderungen zu Nachhaltigkeit und Klimaorientierung getroffen.

Daher wird beantragt, den Begriff „ressourceneffizient“ zu ersetzen durch „CO2-neutral“ und zu formulieren: „Dieses Projekt wird durch folgende Maßnahmen unterstützt und umgesetzt:...“

Herr Weber hält dem entgegen fest, dass die Antragsteller eine Prüfung des Möglichen für den besseren Weg halten, als Vorgaben zu machen, die bei den Firmen nicht auf Akzeptanz stoßen.

Nach Auffassung von Herrn Walter sollte eine Matrix zu Vergabe der Grundstücke erarbeitet werden um zu sehen, auf welche Weise ökologischen Faktoren umgesetzt werden können.

Bürgermeister Mues hält fest, dass das Thema Klimaneutralität derzeit in der Verwaltung bearbeitet wird. Insofern würde ein Arbeitsauftrag unterstützen. Es ist wenig zielführend, Anforderungen zu formulieren, die den Vorstellungen der Firmen völlig entgegenstehen.

Er lässt die beiden von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Änderungsanträge als weitergehende zunächst abstimmen. Ein positives Votum zur verbindlichen Umsetzung der unter den Spiegelstrichen aufgeführten Maßnahmen wäre aufgrund unklarer finanzieller Auswirkungen zu beanstanden.

**Beschluss:**

Der Begriff „ressourceneffizient“ wird ersetzt durch „CO2-neutral“

**Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 24 dagegen**

**Beschluss:**

Die Formulierung „Dieses Projekt *kann beispielsweise durch...*“ wird ersetzt durch „Dieses Projekt *wird durch ...*“

**Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 24 dagegen**

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung (auch in Zusammenarbeit mit Dritten wie VGWS, SVB, IHK, KH, KfW, Energieagentur NRW usw.), die verschiedenen Möglichkeiten zur Realisierung eines Projektes „Ressourcen-effizientes Management von Gewerbegebieten im Stadtgebiet Siegen“ bis zum zweiten Quartal 2021 aufzuzeigen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ziel ist, das zukünftige Industrie- und Gewerbegebiet Martinshardt II als ressourcen-effizientes Gewerbegebiet zu entwickeln.

Dieses Projekt kann beispielsweise durch folgende Maßnahmen unterstützt und umgesetzt werden:

- ✓ Verkehrsoptimierende Maßnahmen wie zum Beispiel die Zentralisierung von Parkflächen, Pendelbussysteme innerhalb des Gewerbegebietes (autonom fahrende Fahrzeuge)
- ✓ Einbindung von Ladestationen für E-Bikes und E-Fahrzeuge in die Planungen, Radweganbindung usw. geschaffen werden können, um damit die Verkehrssituation aus ökologischen Gesichtspunkten zu verbessern und aus ökonomischer Sicht den Unternehmen mehr Flächen für die Produktion zur Verfügung zu stellen

- ✓ Einrichtung eines individuellen Busverkehrs insbesondere für Mitarbeitende im Schichtdienst in Abstimmung mit den Unternehmen, um Anreize zu schaffen, die individuelle An- und Abfahrt zum und vom Arbeitsplatz zu reduzieren.
- ✓ Stromversorgung für das Gewerbegebiet mit PV-Anlagen und Klein-Windkraftanlagen, Quartierspeicher
- ✓ Bereitstellung von Heiz- und Prozesswärme mit Sonnenkollektoren, BHKW mit Holzhackschnitzelbetrieb, Nahwärmenetze
- ✓ Ökologische Niederschlagswasserbewirtschaftung mit Gründächern, Parkplätze mit „Ökopflaster“, Regenwasser als Brauchwasser
- ✓ Verkehrskonzept zur Minimierung des motorisierten Individualverkehr, optimaler ÖPNV-Anschluss und Verbindung zum städtischen Radwegenetz
- ✓ Ökologische Aufwertung durch Fassadenbegrünung (auch als Bienenweide), Alleen, Einzelbäume, Hecken statt Zäune
- ✓ Energie- und flächensparendes Bauen durch kompakte, mehrstöckige Gebäude auch über Parkflächen und zentrales Parkhaus

**Beratungsergebnis: 24 Stimmen dafür, 13 dagegen, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

### **3.4 Digitale Rats- und Ausschusssitzungen** **Antrag der UWG-Fraktion -**

Vorlage Nr. AT 6/2020

Im Verlauf der Aussprache, an der sich seitens der Fraktionen die Herren Langer, Steffe, Wittenburg und Schiltz sowie Frau Bleckmann beteiligen wird deutlich: Aufgrund der Beschränkungen durch die Corona-Pandemie, aber auch zukunftsgerichtet, sind andere rechtlich zulässige Formen der politischen Mitwirkung wünschenswert. Insbesondere ist dabei zu bedenken, wie dem Grundsatz der Öffentlichkeit Rechnung getragen werden kann.

Zu den digitalen Sitzungen von Arbeitskreisen verweist Bürgermeister Mues auf deren Funktion als vorbereitende Gremien für die Entscheidungen des Rates bzw. der Ausschüsse, die insofern als zulässig eingestuft werden.

Er schlägt zusammenfassend vor, die Landesregierung aufzufordern, eine rechtssichere Lösung für die Durchführung von Rats- und Ausschusssitzungen in einer solchen besonderen Situation herbei zu führen.

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen richtet den Appell an die Landesregierung zeitnah die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Sitzungen des Rates und der Ausschüsse nicht zwingend als Präsenzsitzung durchzuführen, wenn eine epidemische Lage ausgerufen ist.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**3.5      Öffnung der Sportstätten in den Weihnachtsferien unter Wahrung der dann gültigen Corona-Regelungen**  
**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -**

Vorlage Nr. AT 9/2020

**Der Antrag wurde zurückgezogen.**

**2. Rat 15.12.2020**

**3.6      Einrichtung eines Arbeitskreises zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus**  
**- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke -**

Vorlage Nr. AT 15/2020

Verwaltungsseitig weist Herr Schmidt eingangs darauf hin, dass bereits ein Handlungskonzept besteht und sich diverse Gremien mit der Thematik befassen. Vor diesem Hintergrund wird die Einrichtung eines Arbeitskreises für nicht zielführend und nicht sinnvoll gehalten. Im Einzelnen erläutert er umfassend die Aktivitäten und stellt den Zehn-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus vor:

- 1: Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
- 2: Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen
- 3: Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
- 4: Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen
- 5: Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen
- 6: Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
- 7: Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
- 8: Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
- 9: Förderung der kulturellen Vielfalt
- 10: Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Herr Walter verweist auf einen Antrag der FDP-Fraktion anlässlich der Vorfälle in der Hammerhütte in Zusammenhang mit der Organisation „Der III. Weg“, der eine ähnliche Zielsetzung wie dieser zum Inhalt hatte. Aufgrund der langen Sitzungspause nach der Kommunalwahl und der Absage der Ausschüsse ist dieser Antrag nicht zur Beratung gekommen. Die

FDP-Fraktion will daher das Thema wieder aufgreifen und befürwortet die Einberufung eines befristeten Arbeitskreises, wo u. a. der weitere Umgang mit der Problematik und die Verortung in den politischen Gremien besprochen werden sollte.

Nach Auffassung von Herrn Steffe wird das Thema zu einseitig betrachtet. Die Zielrichtung sollte nicht nur gegen Rechts gerichtet sein, sondern auch gegen alle anderen extremistischen Strömungen. Dann könnte er zustimmen.

Grundsätzlich ist es wichtig, das Thema zu beleuchten und zu bearbeiten, so Herr Molzberger. Es stellt sich die Frage, ob die Einrichtung eines Arbeitskreises sinnvoll ist oder nicht die Stärkung des Bündnisses für Demokratie besser wäre.

Wie auch Herr Weber schlägt er vor, im Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung über die weitere Vorgehensweise zu beraten.

Die Ausführungen von Herrn Schmidt zielen nach Auffassung von Herrn Wittenburg auf die Zivilgesellschaft ab. Die Zielrichtung der Antragsteller ist aber, Verwaltung und Politik über einen temporären Arbeitskreis Instrumente an die Hand zu geben, gegen rechtsextremistische Strömungen vorzugehen.

Herr Groß ergänzt, dass eine Befassung mit dem Thema auf parlamentarischer Ebene kaum stattfindet. Daher schlägt er vor, über das von Herrn Schmidt vorgestellte Handlungskonzept sowie die Aktivitäten des Städtebündnisses gegen Rassismus den Rat in seiner nächsten Sitzung zu informieren und anschließend über die weitere Vorgehensweise zu entscheiden.

Bürgermeister Mues fasst die Diskussionsbeiträge dahingehend zusammen, den Antrag im Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung zu beraten und dort auch über die genannten Aktivitäten zu berichten.

#### **Beschluss:**

Der Antrag wird zur Beratung an den Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung überwiesen.

Die Verwaltung wird gebeten, dort über alle laufenden Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus sowie die Maßnahmen zur Umsetzung des Zehn-Punkte Aktionsplans gegen Rassismus zu berichten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

### **3.7 Video-Echtzeitübertragung der Sitzungen des Rates der Universitätsstadt Siegen und seiner Ausschüsse im Internet - Antrag der Fraktionen Volt und Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage Nr. AT 16/2020

In der Aussprache stellen Herr Wittenburg und Herr Groß für die Antragsteller die Zielrichtung heraus. Von Herrn Rujanski, Herrn Weber, Herrn Harnacke und Frau Jung werden Vorteile und Bedenken thematisiert.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung zu prüfen, unter welchen rechtlichen und technischen Voraussetzungen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse in Echtzeit ins Internet übertragen und die Aufzeichnungen als Videomitschnitte auf der Internetseite der Stadt Siegen zum Abruf bereitgestellt werden können.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

### **3.8 Entlastung der Krankenhäuser und den Schutz von Umwelt und Tieren zum Jahreswechsel 2020 / 2021 - Antrag der Volt-Fraktion -**

Vorlage Nr. AT 17/2020

Die Antragsteller halten nach Aussage von Herrn Wittenburg den Antrag trotz zwischenzeitlich ergangener Anordnungen aufgrund der Corona-Pandemie aufrecht, insbesondere was das Böllerverbot betrifft.

Herr Fries erklärt umfassend die aktuelle Rechtslage und insbesondere, dass ein das gesamte Stadtgebiet umfassendes Böllerverbot ordnungsrechtlich als unverhältnismäßig zu beurteilen und somit nicht möglich ist.

Die Fraktionen SPD und CDU sehen nach Aussage von Herrn Schiltz rechtlich nur die Möglichkeit, Straßen und Plätze zu benennen, wo das Abbrennen von Feuerwerk und das Zusammenkommen größerer Gruppen untersagt sind. Dies wird zum Antrag erhoben.

Die im Antrag genannten Gründe (Schutz der Krankenhäuser, Tiere und Umwelt) für die gewünschten Ordnungsmaßnahme finden sich in den Wortbeiträgen nicht wieder, kritisiert Herr Wittenburg. Diese sollen aber besonders in die Zukunft gerichtet für das Jahr 2021 herausgestellt werden.

Im Verlauf der weiteren Diskussion zwischen den Antragstellern, der Verwaltung in Person von Bürgermeister Mues und Herrn Fries sowie den Fraktionen durch Herrn Groß, Herrn Walter, Herrn Klein, Herrn Grimm, Herrn Sondermann und Herrn Schiltz wird deutlich, dass ein rechtlich durchsetzbares Verbot nicht möglich ist.

Man verständigt sich auf einen Appell an die Siegener Bevölkerung, auf das Abbrennen privater Feuerwerke und Böller in der Silvesternacht zu verzichten.

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen richtet den dringenden Appell an die Siegerer Bevölkerung, zum Jahreswechsel 2020/2021 auf privates Feuerwerk zu verzichten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen**

**Beschluss:**

Die Verwaltung prüft attraktive und umweltschonende Alternativen zum Feuerwerk für den Jahreswechsel 2021/2022 hinsichtlich Kosten und Nutzen für die Bevölkerung.

**Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 26 dagegen, 2 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**3.9      Einrichtung eines temporären Arbeitskreises zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes für Möglichkeiten der abendlichen Freizeitgestaltung im Jahr 2021 in Kontext der Corona-Pandemie  
- Antrag der Volt-Fraktion -**

Vorlage Nr. AT 18/2020

Frau Eberling und Herr Hähner sehen genügend Angebote und Möglichkeiten seitens der Stadt sowie von Vereinen und Initiativen zur Freizeitgestaltung. Eines darüber hinaus gehenden Konzeptes oder Arbeitskreises bedarf es nicht.

Herr Schiltz findet die Intention des Antrages sympathisch und das Bedürfnis nach Kontakten nachvollziehbar. Auch die Verwaltung sollte darauf vorbereitet sein, wenn die Umstände wieder Treffen in der Öffentlichkeit zulassen. Er schlägt den Verweis an den Jugendhilfeausschuss vor, da dort die Fachleute eher Bedarfe und Bedürfnisse einschätzen können.

In weiteren Redebeiträgen legen Herr Grimm, Frau Six, Herr Wittenburg und Herr Weber ihre Positionen dar.

*Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Harnacke Schluss der Debatte. Die Argumente seien ausgetauscht, der Antrag so nicht umsetzbar.*

*Herr Groß spricht dagegen, da noch nicht alle Fraktionen die Gelegenheit zur Stellungnahme hatten.*

*Der Antrag wird in Schluss der Rednerliste geändert, auf der noch Herr Groß und Herr Langer notiert sind.*

=>      *Dem Antrag auf Schluss der Rednerliste wird mehrheitlich zugestimmt.*

Herr Langer erwartet eine Zunahme von Treffen auf öffentlichen Plätzen und möchte bezeiteten Regelungen dafür.

Herr Groß sieht eher ein Problem in der öffentlichen Wahrnehmung solcher Treffen und stellt die Frage, wo Alternativen zum Marktplatz denkbar sind.

**Beschluss:**

Der Antrag wird zur Beratung an den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**

**2. Rat 15.12.2020**

**4. Kommunalwahl 13. September 2020, Wahlprüfungsverfahren gemäß § 40 Kommunalwahlgesetz und § 66 Kommunalwahlordnung**

Vorlage Nr. VL 100/2020

Bürgermeister Mues verlässt den Sitzungsraum. Die Leitung übernimmt Frau Jung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Wahl des Bürgermeisters der Stadt Siegen am 13. September 2020 und die Wahl zur Vertretung der Stadt Siegen am 13. September 2020 für gültig zu erklären.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**5. Integrationsratswahl am 13.09.2020  
Wahlprüfungsverfahren gem. § 40 Kommunalwahlgesetz NRW und § 66 Kommunalwahlordnung NRW i. V. m. §§ 26 und 29 Wahlordnung zur Wahl des Integrationsrates der Stadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 90/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Wahl zum Integrationsrat der Stadt Siegen am 13.09.2020 für gültig zu erklären.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**



**6. Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen****6.1 Wirtschaftsplan**

Vorlage Nr. VL 69/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Wirtschaftsplan lt. Anlagen zur Vorlage:

1. Erfolgsplan 2021
2. 5-jähriger Vermögens-, Erfolgs- und Finanzplan einschl. 5-jährigem Investitionsprogramm von 2021 - 2025
3. Stellenübersicht 2021

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**6.2 Gebührenkalkulation / Kanalbenutzungsgebühren 2021**

Vorlage Nr. VL 70/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen Rat beschließt die Gebührenkalkulation lt. Anlage 1 der Vorlage.

Die Kanalbenutzungsgebühr für Schmutzwasser wird auf 2,10 €/m<sup>3</sup> erhöht.

Die Kanalbenutzungsgebühr für Niederschlagswasser wird auf 0,88 €/m<sup>2</sup> erhöht.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**6.3 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren vom 13.12.2013 (Gebührensatzung)**

Vorlage Nr. VL 71/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt zum 01.01.2021 folgende Änderung der Gebührensatzung:

**§ 4**  
**Schmutzwasser**

In Absatz 8 wird der Betrag von jährlich 2,06 € auf 2,10 €/m<sup>3</sup> geändert.

**§ 5**  
**Niederschlagswasser**

In Absatz 7 wird der Betrag von jährlich 0,84 € auf 0,88 €/m<sup>2</sup> geändert.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**7. Personalbedarfsplanung 2020 bis 2029**

Vorlage Nr. 3144/2020

**Die Vorlage wurde abgesetzt.**

**2. Rat 15.12.2020**

**8. Neubildung der Einigungsstelle gemäß § 67 Landespersonalvertretungsgesetz  
Nordrhein-Westfalen**

Vorlage Nr. VL 99/2020

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass
  - 1.1 Herr Rechtsanwalt Gunnar Herget, CNH Anwälte Part GmbB, Essen, zum Vorsitzenden der Einigungsstelle und
  - 1.2 Herr Rechtsanwalt Dr. Thorsten Doublet, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Siegen-Wittgenstein, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Einigungsstelle  
für die Dauer der Wahlperiode des Personalrates bestellt werden.
  - 1.3 die Zahl der vom Rat einerseits und des Personalrates andererseits zu bestellenden Beisitzer je 6 beträgt.
2. Der Rat der Stadt bestellt folgende Dienstkräfte der Verwaltung als Beisitzerinnen und Beisitzer:
  - Herr Dirk Helmes, Abteilungsleiter 1/1
  - Herr Hans Georg Hof, Arbeitsgruppenleiter 1/1-1
  - Frau Beate Jakob, Arbeitsgruppenleiterin 1/1-2
  - Frau Lena Sendfeld, Abteilung 2/1

- Herr Martin Wagner, Abteilungsleiter 2/5
  - Frau Denise Franke, Arbeitsgruppenleiterin 4/1.
3. Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den durch den Personalrat bestellten Mitgliedern Kenntnis.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung**

**2. Rat 15.12.2020**

**9. Bestellung eines stellvertretenden Kämmerers**

Vorlage Nr. VL 98/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Leiter der Abteilung 3/1 (Kämmerei) zum stellvertretenden Kämmerer zu bestellen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**10. Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Anschaffung von Mobilen Endgeräten (Notebooks);  
Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW**

Vorlage Nr. VL 57/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 10.11.2020, für die Beschaffung von Mobilen Endgeräten (Notebooks) überplanmäßig investive Mittel in Höhe von 200.000 Euro unter I011201020 IT-Management bereitzustellen. Die über die noch vorliegenden investiven Mittel aus dem Haushaltsbudget der Abteilung 1/1 hinausgehende Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen aus der Maßnahme H060201102 KITA Zur Zinsensbach, Erweiterung (96.000 Euro), aus der Maßnahme V080201103 Sportplatz Gosenbach (65.000 Euro) sowie aus der Maßnahme I080201500 Stadien und Sportplätze/Baumaßn. unter Wertgrenze (35.000 Euro).

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Stimme dagegen), 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**11. Unterstützung der Gastronomiebranche mit Außenbewirtung;  
Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 Go NW**

Vorlage Nr. 3124/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen genehmigt nachstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 15.09.2020:

- a) Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren für Außengastronomie und Warenauslagen, ausgenommen Gebühren für Werbeaufstellen, vom 01.10.2020 bis 30.04.2021,
- b) Zulassung von elektrisch betriebenen Heizstrahlern vom 01.10.2020 bis 30.04.2021, als temporäre Abweichung vom Handbuch zur Gestaltung im öffentlichen Raum,
- c) Zulassung gestalterisch abgestimmter Sonnenschirme ohne Bodenhülsen und Pavillons (bis 30 m<sup>2</sup> Grundfläche oder 30 m<sup>3</sup> Volumen) vom 01.10.2020 bis 30.04.2021,
- d) kostenneutrale Bereitstellung einer rund 58,5 m<sup>2</sup> großen Grundstücksfläche im Siegerlandzentrum Weidenau zur Durchführung des Weihnachtsmarktes.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**12. Antrag des Tierschutzvereins Siegen auf finanzielle Förderung der Sanierung des  
Hundehauses 1 durch die kreisangehörigen Kommunen in Höhe von 50.000,00  
Euro**

Vorlage Nr. VL 27/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Zuschuss i.H.v. 21.627,00 Euro an den Tierschutzverein zu bewilligen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**13. Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 20.12.2012 in  
der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 19.12.2018  
hier: 4. Änderungssatzung**

Vorlage Nr. VL 64/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 4. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 20.12.2012 in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 19.12.2018.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

- 14. Straßenreinigungssatzung der Stadt Siegen vom 05.01.1989 in der Fassung der 26. Änderungssatzung vom 18.12.2019;  
hier: 27. Änderungssatzung**

Vorlage Nr. VL 65/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte 27. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 26. Änderungssatzung vom 18.12.2019.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

- 15. Gewährung von Zuschüssen für die Unterhaltung vereinseigener bzw. angemieteter Sportanlagen an die Sportvereine der Universitätsstadt Siegen**

Vorlage Nr. 3100/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Zuschüsse an die Vereine zu gewähren.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

- 16. Gewährung von Zuschüssen für die Durchführung von Bau- und Ausbaumaßnahmen an vereinseigenen oder angemieteten Sportanlagen**

Vorlage Nr. VL 59/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Gewährung von Zuschüssen zu den geplanten Baumaßnahmen der in der Vorlage aufgeführten Sportvereine in einer Gesamthöhe von 20.495,10 Euro zuzüglich anerkennungsfähiger Eigenleistungen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**17. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung des Jahresabschlusses 2017 und Entlastung des Bürgermeisters**

Vorlage Nr. 3142/2020

Mit Hinweis auf § 40 Absatz 2 GO NRW verlässt Bürgermeister Mues den Sitzungsraum. Die Sitzungsleitung übernimmt Frau Jung.

Für den Rechnungsprüfungsausschuss berichtet Herr Schiltz als ehemaliger Vorsitzender:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen, in Absprache mit Frau König, unserer aktuellen Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, werde ich noch ein letztes Mal den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses vortragen, da die Beratungen noch in der vergangenen Wahlperiode stattgefunden haben.

Meine Damen und Herren, uns liegt heute der Abschluss des Haushaltsjahres 2017 der Universitätsstadt Siegen zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Der am 18.12.2019 im Rat eingebrachte Jahresabschluss 2017 wurde aufgrund erheblicher Prüffeststellungen zu nicht gebuchten Sonderposten in den Bereichen Restmüll, Biomüll und Winterdienst (rd. 518 T€) im Mai 2020 korrigiert, überarbeitet und am 04.06.2020 erneut dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt. Die überarbeitete Fassung des Jahresabschlusses 2017 war daraufhin nochmals zu überprüfen und der bereits weitgehend fertiggestellte Prüfbericht musste ebenfalls nochmals überarbeitet werden. Sie erhalten daher neben dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes und der Stellungnahme des Bürgermeisters auch den korrigierten Jahresabschluss 2017 als Anlage zur Verwaltungsvorlage. **Dieser geänderte Abschluss liegt dem Rat damit erstmalig vor.**

Eine Zeitaufholung bei der Aufstellung und Prüfung der städtischen Jahresabschlüsse konnte nicht erfolgen. Vielmehr muss festgestellt werden, dass die Zeitaufholung aus den Vorjahren vollends aufgezehrt wurde. Dies muss sich dringend ändern, um zu aktuelleren Rechnungslegungen zu gelangen und die gesetzlich festgelegten Fristen endlich wieder einzuhalten. Hierfür bitte ich Bürgermeister und Stadtkämmerer Sorge zu tragen. Es könnten ansonsten auch Probleme bei künftigen Haushaltsgenehmigungen entstehen.

Gestatten Sie mir wie üblich auch einige kurze Anmerkungen zum finanzwirtschaftlichen Status Quo der Stadt Siegen per 31.12.2017:

Die **Bilanzsumme** des Jahres 2017 beträgt rd. 1,023 Milliarden Euro und damit rund 8 Mio. € weniger als 2016 (Vorjahr 1,031 Mrd. €).

Das **Jahresdefizit** 2017 beläuft sich auf **rd. 6,8 Mio. Euro** (Vorjahr rd. 13,8 Mio. €), und liegt damit erfreulicherweise um rd. 12,1 Mio. Euro **unter** dem Plandefizit der ursprünglichen Haushaltssatzung von rd. 18,9 Mio. €.

Die **Verschuldung** der Stadt aus Krediten ist in den Jahren 2009 – 2017 von rd. 192 Mio. € um die Summe von rd. 140 Mio. Euro auf einen Betrag **von rd. 331,5 Mio. €** (Vorjahr rd. 337 Mio.) angewachsen. Die fundierten Schulden (Investitionskredite) betragen davon rd. 87,2 Mio.; die Kassenkredite rd. 244,3 Mio. Euro. Die Gesamtverschuldung konnte erstmalig seit 2008 um rd. 5,5 Mio. € reduziert werden.

Weitere kreditähnliche Verbindlichkeiten von rd. 11,3 Mio. € (Leasing der Feuerwache) kommen noch hinzu.

**Der Kreditstand zum 31.12.2019** beträgt nach den Berichten des Kämmerers **rd. 316 Mio. €**. **Diese Verbesserung hat unterschiedliche Gründe in den jahresbezogenen Ergebnisrechnungen, ist aber insbesondere auch der verzögerten Abwicklung von Investitionsmaßnahmen geschuldet.**

Der Stand der Kassenkredite (rd. 244,3 Mio. €) ist nach wie vor äußerst besorgniserregend (voraussichtlicher Stand: 31.12.2019 rd. 230 Mio. Euro). **Auf das erhebliche Zinsrisiko für die Zukunft muss erneut hingewiesen werden.** Der erhoffte Schuldenschnitt ist - wie wir alle wissen - bis heute nicht eingetreten.

Der **Eigenkapitalverzehr** in den Jahren 2009 – 2017 beträgt rd. 260,9 Mio. €. Dies sind rund 58,5 % des in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Eigenkapitals von 446,1 Mio. Euro. Der Eigenkapital-Ausweis per 31.12.2017 beträgt noch 185,2 Mio. Euro.

In 2017 war das Eigenkapital um rd. 2,2 Mio. € aus der RWE-Aktienbewertung nach oben zu korrigieren. Auch in den Jahren 2018 und 2019 werden nach derzeitigem Kenntnisstand Zuschreibungen erfolgen.

Für die Jahre 2018 und 2019 wird kämmereiseitig ein Eigenkapital-Verzehr von rd. 7,2 Mio. Euro prognostiziert. Damit tritt eine deutliche Verbesserung gegenüber den Vorjahren ein (Mittelwert rd. 29 Mio. € p.a.). **Trotzdem muss die Vermeidung einer bilanziellen Überschuldung natürlich dauerhaft im Auge behalten werden.**

Das Ergebnis der Prüfung des überarbeiteten Jahresabschlusses 2017 ist im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 31.07.2020 ausführlich dargestellt. Prüfungsschwerpunkt war wegen des Programmwechsels die ordnungsgemäße Übernahme der städtischen Forderungen (offenen Posten) nach 2017 und deren Ausweisung in der neuen Finanzsoftware Infoma.

Die Stellungnahme des Bürgermeisters vom 04.09.2020 ist beigefügt. Der Inhalt ist mit Kämmerei und Rechnungsprüfungsamt abgestimmt. Es werden die ausgesprochenen Beanstandungen und Hinweise anerkannt. Die fehlerhaften Buchungen i.H. von rd. 134 T€ aus dem Bereich Rettungsdienst müssen im Jahresabschluss 2018 korrigiert werden.

Der Jahresabschluss 2017 vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen. Ebenso steht der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss und stellt die Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung zutreffend dar, soweit dies Corona-bedingt heute abgeschätzt werden kann.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes beigetreten und gibt gegenüber dem Rat der Stadt eine seit dem 01.01.2019 vorgeschriebene eigene, schriftliche Stellungnahme ab, welche die Prüfungshandlungen sowie das Ergebnis der Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses darlegt. Dies können Sie explizit der heutigen Verwaltungsvorlage entnehmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben sind und er den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW billigt.

Seitens des Rechnungsprüfungsausschusses werden die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 in der überarbeiteten Fassung und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017 vorgeschlagen.

Für weitere Fragen zum Jahresabschluss 2017 und dem erstellten Prüfbericht stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes und der städtischen Finanzverwaltung Ihnen nunmehr zur Verfügung, bei denen ich mich an dieser Stelle herzlich für die geleistete Arbeit bedanken möchte. Herr Cavelius, Herr Dorsch, bitte geben Sie diesen Dank an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter.“

#### **Beschluss:**

1. Der Rat nimmt den der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 der Stadt Siegen einschließlich des erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerks zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt den darauf nachfolgenden schriftlichen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresabschlussprüfung 2017 sowie die Erklärung des Rechnungsprüfungsausschusses, dass er nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen erhebt und den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht 2017 in der Fassung vom 28.05.2020 billigt, zur Kenntnis.
3. Der Rat stellt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW den geänderten Jahresabschluss der Stadt Siegen zum 31.12.2017 in der Fassung vom 28.05.2020 (Anlage 3) mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.022.631.252,94 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.823.628,71 € fest.
4. Der Rat beschließt, den Jahresfehlbetrag 2017 von 6.823.628,71 € gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW aus der allgemeinen Rücklage abzudecken.



5. Die Ratsmitglieder der Stadt Siegen erteilen dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**18. Beteiligungsbericht der Stadt Siegen zum 31.12.2019**

Vorlage Nr. VL 17/2020

=> *Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Beteiligungsbericht zum 31.12.2019 zur Kenntnis*

**2. Rat 15.12.2020**

**19. Bericht über den Haushaltsvollzug 2020**

Vorlage Nr. VL 95/2020

Bürgermeister Mues informiert über den zeitlichen Verzug bei der Erstellung der Jahresabschlüsse für die Jahre 2018 und 2019. Sollten diese nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen vorgelegt werden können, ist eine verspätete Genehmigung des Haushalts 2021 nicht ausgeschlossen.

=> *Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug zur Kenntnis.*

**2. Rat 15.12.2020**

**20. Satzungen der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Separation von Obersetzen (O. 277) und im Rezess über die Umlegungssache von Sohlbach (S. 597)**

Vorlage Nr. VL 36/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt folgende Satzungen:

- a) Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Separation von Obersetzen vom 25.04.1925 (O. 277); Aufhebung der Zweckwidmung für 3 Wirtschaftswege bzw. Wegeteile

- b) Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Umlegungssache von Sohlbach vom 15.09.1930 (S. 597);  
Aufhebung der Zweckwidmung für 2 Wirtschaftswege bzw. Wegeteile

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

## **21. Besetzung des Umlegungsausschusses**

Vorlage Nr. VL 58/2020

### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen bestellt

1. Herrn Werner Schmitz mit Wirkung vom 16.12.2020 zum stellvertretenden Mitglied (Sachverständiger für Bewertungsfragen)
2. Herrn Jürgen Seelbach mit Wirkung vom 16.12.2020 zum ordentlichen Mitglied (Vermessungssachverständiger) sowie
3. Frau Britta Humme-Lips mit Wirkung vom 16.12.2020 zum stellvertretenden Mitglied (Vermessungssachverständige)

des Umlegungsausschusses auf die Dauer von fünf Jahren.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

## **22. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für Mehrkosten bei der Baumaßnahme "Erweiterung, Umbau, Sanierung Bertha-von-Suttner Gesamtschule Giersbergstraße**

Vorlage Nr. VL 39/2020

### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 20.11.2020 über die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW in Höhe von 325.000 € für die Baumaßnahme "Umbau, Erweiterung, Sanierung Bertha-von-Suttner Gesamtschule Giersbergstraße. Die Deckung erfolgt aus:

H011101001 i. H. v. 150.000 €

H011101100 i. H. v. 50.000 €

I011302101 i. H. v. 100.000 €

I030100000 i. H. v. 25.000 €

Gesamt: 325.000 €

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**23. Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für Mehrkosten bei der Baumaßnahme "Sanierung der Rundsporthalle Eiserfeld"**

Vorlage Nr. VL 83/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 26.11.2020, eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW in Höhe von 555.000 € für die Baumaßnahme "Sanierung der Rundsporthalle Eiserfeld" bereitzustellen. Die Deckung erfolgt aus: H030102103 - Erweiterung Diesterwegschule.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**24. Außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungserklärung für die Baumaßnahme "Renaturierung der Weiß im Bereich zwischen Gymnasium und Parkhaus Löhrtor"**  
**- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -**

Vorlage Nr. VL 103/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 26.11.2020 über die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW in Höhe von 95.000 € für die Planungsleistung der Baumaßnahme Renaturierung der Weiß im Gewässerabschnitt zwischen Gymnasium und Parkhaus Löhrtor. Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Investition T130203017 – Verrohrung Hofbach

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**25. Vereinbarung über die Baukostenübernahme zur bestandsorientierten Ertüchtigung des Mini-Kreisverkehrsplatzes im Zuge der Kreisstraße Nr. 14 (Hengsbachstraße - Rosterstraße (K14) / Wichernstraße (Stadtstraße))**

Vorlage Nr. VL 114/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen stimmt der Unterzeichnung der der Vorlage als Anlage beigefügten Vereinbarung zu.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**26. Umsetzung des Wohnbaulandkonzeptes 2018 – Sachstand zur Realisierung des Baugebietes "Am Altenberg" in Langenholdinghausen**

Vorlage Nr. 3114/2020

**Beschluss:**

1. Die Planungen zum Bebauungsplanverfahren Nr. 384 „Am Altenberg“ im Stadtteil Langenholdinghausen werden eingestellt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**Beschluss:**

2. Bei einer anstehenden Änderung des Flächennutzungsplans sind die aktuell als Wohnbaulandreserve dargestellten Bereiche innerhalb der Potenzialfläche „Am Altenberg“ in „Fläche für die Landwirtschaft“ umzuplanen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**27. Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen als Klimaschutzmaßnahme - Potenzialflächenanalyse als Vorstufe für die Bauleitplanung**

Vorlage Nr. VL 23/2020

Herr Walter gibt den Hinweis aus dem Fachausschuss zu Protokoll, dass auch Schallschutzwände für die Anbringung von PV-Anlagen geprüft werden sollen.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Fachabteilungen 4/5 und 4/7 sowie die Stabsstelle Klimaschutz mit der Durchführung der Untersuchung gemäß der dargelegten Methodik. Die Ergebnisse werden den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt.

2. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, dass die Verwaltung die notwendigen, sich aus der Analyse ergebenden Bauleitplanverfahren selbst durchführen soll. Lediglich notwendige Gutachten sollen durch den Antragsteller beauftragt und bezahlt werden.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**28. Rund um den Siegberg;  
hier: Durchführungsbeschluss für die Maßnahme „Neubau Musikpavillon“**

Vorlage Nr. VL 48/2020 und VL 48/2020 A

Herr Schiltz erinnert in diesem Zusammenhang an die Zusage der Verwaltung, bei Veranstaltungen Parkflächen für die Künstler bzw. für die Anlieferung von Equipment zur Verfügung zu stellen. Bei größeren Gruppen sollte auch Platz für ein Lieferwagen oder ein Gespann vorgehalten werden.

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Entwurfsplanung, die Ausschreibung der weiteren Planung sowie die bauliche Umsetzung des neuen Musikpavillons im Schlosspark im Rahmen des Städtebauförderprojektes „Rund um den Siegberg“.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**29. Rund um den Siegberg;  
hier: Durchführungsbeschluss für die Maßnahme „Energetische Sanierung  
Gymnasium am Löhrtor“**

Vorlage Nr. VL 49/2020

Herr Boller bittet vor dem Hintergrund der Klimabeschlüsse nicht nur die Kosten, sondern auch die Energieverbräuche vor und nach den Maßnahmen zu benennen.

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Maßnahme „Energetische Sanierung Gymnasium am Löhrtor“ im Rahmen des Städtebauförderprojektes „Rund um den Siegberg“ unter dem Vorbehalt der Förderung umzusetzen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**30. Bebauungsplan Nr. 452 "Am Lausbecher", Stadtteil Siegen**

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 452 "Am Lausbecher", Stadtteil Siegen
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Vorlage Nr. VL 19/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- I. die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 452 „Am Lausbecher“, Stadtteil Siegen gemäß § 2 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren.
- II. die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB.

Wesentliches Ziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine wohnbauliche Entwicklung insbesondere zur Bereitstellung von preiswertem Wohnraum.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die Flurstücke Nrn. 1473, 1474, 1475, 1480, 2124 (tlw.), 2176 (tlw.), 2187, 2209 (tlw.), 2293, Flur 37 der Gemarkung Siegen und umfasst ca. 0,76 ha (siehe Anlage 1 der Vorlage VL 19/2020).

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit eine fußläufige Verbindung Richtung Fludersbach machbar sein könnte.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**31. Beschlusskontrolle: Umsetzung der Klimabeschlüsse des Rates**

Vorlage Nr. VL 54/2020

Dazu Anfrage und Antrag der Fraktionen CDU und SPD

**CO2-Bilanz**

**Anfrage der Fraktionen CDU und SPD**

Herr Schumann beantwortet die Fragen:

1. Wurden inzwischen die benötigten Verbrauchsdaten von der SVB zur Verfügung gestellt?

Die zuvor fehlenden Daten zu den Gasverbräuchen im Stadtgebiet wurden von der SVB am 23.10.2020 an die Stadt Siegen übermittelt und nach einer Überprüfung Mitte November an das Klimaschutzmanagement des Kreises Siegen-Wittgenstein weitergeleitet.

*2. Sind weitere Gasverbräuche von Großemittenten nach EU-ETS zu berücksichtigen, um eine Effektivbilanz erstellen zu können?*

Da in den Daten der SVB keine Angaben zu Großemittenten nach EU-ETS gemeldet wurden, jedoch durch die Stabsstelle Klimaschutz auf Grund der Wirtschaftsstruktur vermutet wird, das ggf. derartige Verbrauchsdaten zu berücksichtigen sind, wurden weitere Recherchen veranlasst. Diese Recherchen laufen derzeit. Sollten weitere Verbräuche zu berücksichtigen sein, werden die Daten ebenfalls an den Kreis weitergeleitet, da dort die Bilanzen erstellt werden.

*3. Wann ist mit einer Präsentation der Effektivbilanz im Rat der Universitätsstadt Siegen zu rechnen?*

Derzeit werden die bisher im Programm „EcoRegion“ vorhandenen Daten in das neue Bilanzierungs-Programm „Klimaschutzplaner“ überführt. Der neue Klimaschutzmanager des Kreises wird anschließend sichten, welche Daten bereits vorhanden sind und ob er ggf. weitere Daten benötigt. Die Kommunen im Kreis Siegen-Wittgenstein müssen sich dann auf ein Bilanzjahr einigen (idealerweise das aktuellste Jahr für das alle notwendigen Daten vorliegen). Bis zu diesem Jahr wird dann die vorherige Entwicklung dargestellt. Zum aktuellen Zeitpunkt lässt sich nicht konkret sagen, wann die Bilanz vorgelegt werden kann, sie wird spätestens im 2. HJ 2021 erwartet.

*4. Wie aufwendig ist die Pflege bzw. die jährliche Fortschreibung der Effektivbilanz? Welche Daten werden dafür benötigt? Welche personellen Ressourcen stehen dafür bereit? Sind diese ausreichend?*

Der größte Aufwand besteht in der Beschaffung und Aufbereitung der Daten. Der Aufwand für die Eingabe ins Programm und die Darstellung der Ergebnisse ist im Vergleich gering. In die Bilanzierung fließen zahlreiche Daten ein.

Darunter statistische Daten wie Einwohner- und Erwerbstätigenzahlen, Daten zum Verkehrsaufkommen (meist über Datenabo des IFEU eingespeist), Daten zu Energieverbräuchen leitungsgebundener Energieträger (Strom, Erdgas, wo vorhanden Nah- und Fernwärme) sowie Daten zu sonstigen Energieträgern.

Die resultierende Bilanz stellt die Entwicklung des Energieverbrauches und die CO<sub>2</sub>-Bilanz für die Gesamtkommune dar, mit Aufteilung nach Sektoren (Haushalte, Industrie und Gewerbe, Verkehr, ggf. kommunale Liegenschaften und Anlagen).

Eine solche Bilanzierung sollte in Intervallen von 2-5 Jahren regelmäßig erfolgen (Rhythmus ist noch abzustimmen), um den Trend der Emissionsentwicklung mit den Klimazielen abzugleichen. Da eine solche Bilanz durch konjunkturelle Entwicklung, Bevölkerungsentwicklung und Witterungseinflüsse Schwankungen unterliegt, ist es nicht möglich aus der Gesamtbilanz die Wirksamkeit einzelner Klimaschutzmaßnahmen zu erkennen, es sei denn diese hätten einen erheblichen Effekt. Daher sollten zusätzlich einzelne Maßnahmen bilanziert und die Entwicklung der kommunalen Verbräuche über das Energiemanagement nachverfolgt werden.

In der Stabsstelle des Kreises Siegen-Wittgenstein ist derzeit ein Klimaschutzmanager aktiv, das kommunale Energiemanagement der Stadt Siegen verfügt über einen Energiebeauftrag-

ten. Die Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen leistet nach Bedarf Unterstützung. Da jedoch auf Grund der Vielzahl der Aufgaben alle Personen über ein hohes Arbeitsaufkommen verfügen, ist die Bearbeitung eine Frage der Priorisierung. Für die tatsächliche Umsetzung vieler Klimaschutzmaßnahmen z.B. bei kommunalen Liegenschaften (Umstellung Heizung auf EE, Sanierung der Gebäudehüllen auf einen klimaverträglichen Standard, die Installation von PV-Anlagen und Gründächern), bedarf es deutlich größerer personeller und finanzieller Ressourcen.

Herr Schiltz dankt für die umfassende Beantwortung der Anfrage und geht kurz auf den Antrag der Fraktionen ein.

Herr Wittenburg lehnt den Antrag, insbesondere die Definition der Wirtschaftlichkeit von PV-Anlagen ab. Als weiteres Kriterium dort fehlt seines Erachtens die Vermeidung von Umweltschäden.

Zu Ziffer 2 (Einführung der Gelben Tonne) sollten möglichst auch unterirdische Systeme, insbesondere für den innerstädtischen Bereich, geprüft werden.

Herr Boller stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest, das bisher erst verhältnismäßig wenige Punkte aus den Klimabeschlüssen umgesetzt wurden.

Positiv festzuhalten ist die Zertifizierung der Stadtverwaltung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber.

Hinsichtlich der beschlossenen Aufforderung an die Landesregierung „ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden;“ war ein aktives Hinwirken der Verwaltung dahingehend beabsichtigt, dass die Klimaneutralität in der Gesetzgebung Berücksichtigung findet, anstatt abzuwarten.

Ein Bericht über die Beteiligung städtischer Gesellschaften ist überfällig

Für die mangelnde Berücksichtigung des Klimaschutzes nennt er beispielhaft die Kriterien bei der Beschaffung städtischer Fahrzeuge und die Klärschlammentsorgung des ESI.

Zur Einführung der Gelben Tonne fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Grundsatzentscheidung im Fachausschuss im Februar und eine Beteiligung der Bezirksausschüsse. Darüber hinaus sollte die erforderliche Software für die CO<sub>2</sub>-Bilanz schnellstens beschafft werden.

Herr Groß erklärt ergänzend, dass die Fraktion den Antrag dennoch mit tragen wird, da er in die richtige Richtung geht. Nicht akzeptabel ist aber die Devise „Wirtschaftlichkeit vor Klimaschutz“.

Zur Vorlage merkt er an, dass die Politik zügig beteiligt werden soll, wenn z. B. zur Anlegung von Fahrradwegen Wünsche geäußert werden.

Herr Rujanski formuliert unten genannte Anträge, die auch so zur Abstimmung gestellt werden.

Herr Langer verweist auf den Konsens in der KEG, E-Ladestationen im gesamten Stadtgebiet zur installieren und vermisst die Umsetzung.



Die Mittel für den Ausbau erneuerbarer Energie sollten gemäß Votum des Fachausschusses übertragen werden.

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die Mittel für die Beschaffung einer Energiemanagementsoftware in Höhe von rd. 15.000 Euro möglichst noch in 2020 zur Verfügung zu stellen (abweichend von Ziffer 3 Teil 1 des Antrags der Fraktionen CDU und SPD).

**Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 3 dagegen, 2 Enthaltungen**

**Beschluss:**

Die den Bereich „Verkehr“ und „Mobilität“ betreffenden Beschlüsse werden noch im Verkehrsausschuss beraten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

⇒ *Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Berichterstattung zur Beschlusskontrolle zur Kenntnis.*

**Umsetzung der Klimabeschlüsse**  
**Antrag der Fraktionen CDU und SPD**

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. PV-Anlagen werden als wirtschaftlich angesehen, wenn sich die getätigte Investition, die voraussichtlichen laufenden Kosten (Wartung, Versicherung, Reparaturen, Prüfungen, etc.), die Kosten für die Demontage und der Verwaltungsaufwand (Personalkosten, Kosten als Anlagenbetreiber, etc.) vor dem Ende des Einspeisungszeitraums der Anlage (max. 20 Jahre) planmäßig amortisieren werden. Bei Solaranlagen zur Wassererwärmung wird die Amortisationszeit auf 25 Jahre festgelegt. Festgelegt wird weiterhin, dass solche Anlagen nur auf Dachflächen errichtet werden, deren voraussichtliche Lebensdauern entsprechend sind. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt zu prüfen, in welcher Form die Anlagen am besten betrieben werden können (Betrieb gewerblicher Art, Errichtung und Betrieb durch Partner wie SVB oder KEG, etc.).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die zuständigen städtischen Gremien (Bezirksausschüsse, Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie) bis zu den Sommerferien 2021 zu der Frage der Einführung der Gelben Tonne im Stadtgebiet zu beteiligen, um eine politische Entscheidung zur Einführung der Gelben Tonne bis zum 3. Quartal 2021 treffen zu können.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, ~~eine Energiemanagementsoftware für die Erstellung einer verwaltungsinternen CO2 Bilanz und eines Energieberichtes kurzfristig anzuschaffen. Für die Anschaffung sollen 15.000 € in den Haushalt 2021 eingestellt werden, (Hierzu gesonderter Beschluss zuvor)~~ weitere 5.000 € für Schulungen und 10.000 € für Support, Wartung und Updates in den Haushalt 2021 einzustellen.
4. Nach Fertigstellung der vom Kreis Siegen-Wittgenstein beauftragten Gesamtbilanz für alle CO2-Emissionen im Stadtgebiet Siegen, soll diese unverzüglich in den zuständigen städtischen Gremien vorgestellt werden.

**Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 3 dagegen, 1 Enthaltung**

**2. Rat 15.12.2020**

### **32. Zuschuss für die Beratung ausländischer Mitbürger - Förderung 2020**

Vorlage Nr. VL 92/2020

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt für das Haushaltsjahr 2020 die Verteilung der Zuschussmittel an die vier antragstellenden Träger der freien Wohlfahrtsverbände wie folgt.

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe	2.786,54 €
Caritasverband Siegen-Wittgenstein e.V.	3.848,08 €
Diakonie in Südwestfalen - Soziale Dienste	3.848,08 €
Internationaler Bund - Migrationsdienste	3.317,31 €

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

### **33. Beirat der Menschen mit Behinderung in der Stadt Siegen und "Arbeitsgemeinschaft Begegnung" als Zusammenschluss der Menschen mit Behinderung und chronischer Krankheit - Überarbeitung der Richtlinien**

Vorlage Nr. VL 112/2020

Frau Jung verweist auf die den Fraktionen zugegangene ablehnende Stellungnahme des Beirates und beantragt, die Vorlage an den Beirat zu überweisen.

Herr Schmidt weist auf die formale Notwendigkeit eines Ratsbeschlusses hin, dass der Beirat dann weiterhin geschäftsführend im Amt bleibt.

Frau Becker und Herr Langer sprechen sich dafür aus, die Beratung und Entscheidung in die nächste Sitzung des Rates zu verschieben.

Die Vorlage der Verwaltung ist für Herrn Schiltz aufgrund der aufgezeigten Diskrepanzen nachvollziehbar. Ungeachtet der Beteiligung des Beirates kann der Rat über eine Überarbeitung befinden. Die Mitglieder des Beirates sollten weiter ihre Aufgaben wahrnehmen.

### **Beschluss (ergänzt):**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Notwendigkeit der Überarbeitung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung in der Stadt Siegen und die „Arbeitsgemeinschaft Begegnung“ als Zusammenschluss der Menschen mit Behinderung und chronischer Krankheit zur Kenntnis.

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Richtlinien zu überarbeiten, den Beirat der Menschen mit Behinderung zu beteiligen und dem Rat eine Vorlage zur Beschlussfassung im 1. Quartal 2021 vorzulegen.*

*Der Beirat bleibt bis zur Konstituierung eines neuen Beirates geschäftsführend im Amt. Die Mitglieder des Beirates nehmen ihre Tätigkeit im Beirat und in den Ausschüssen bis dahin weiter wahr.*

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

## **34. Wahl beratender Mitglieder als Sachverständige in die Ausschüsse**

Vorlage Nr. VL 110/2020

### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt nachstehende beratende Mitglieder in die Ausschüsse:

### **Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften**

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
IHK	Langer, Hans-Peter	Menn, Meike
DGB		
BA	Tomczak, Daniela	Stuhrmann, Simone
KHW		
ISG		
StM SI	Teixeira, Katja	Hähner, André

### **Verkehrsausschuss**

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Polizei	Schlabach, Ulrich	Frodl, Rüdiger
VWS	Bettermann, Gerhard	Schmelter, Dirk
Verkehrswacht	Opterbeck, Ralf	Schnurr, Matthias

ADFC	Rhode, Manfred	Eckmann, Uwe
IHK	Menn, Meike	Langer, Hans-Peter
DGB		
ZWS	Padt, Günter	Kniep, Christian

### Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Polizei	Schneider, Michael	Schmetz, Marco

### Ausschuss für Schule und Bildung

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Grundschulen	Becker, Monika	Schönfelder, Dagmar
Hauptschulen	Henrichs, Christoph	Weißer, Christoph
Realschulen	Briel, Wieland	Engelbert, Holger
Gymnasien	Käuser, Rüdiger	Dr. Berg, Reiner
Gesamtschulen	Jüngst, Werner	Dr. Vallana, Mario
Förderschulen	Lütz, Alexandra	N. N.
Weiterbildungskolleg	Dr. Jänicke, Karin	N. N.
Ev. Kirche		
Kath. Kirche	Schneider, Martina	N. N.

### Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
AWO	Graf, Dagmar	Dr. Neumann, Andreas M.
Der Paritätische	Löwenberg, Horst	Becker, Sonja
Diakonisches Werk	Spornhauer, Bernd	Pfr. Winkel, Tim
Caritas	Vitt, Matthias	N. N.
DRK	Upphoff, Heinz-Wilhelm	Dr. Horchler, Martin

### Sport- und Bäderausschuss

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Stadtsportverband	Hermann, Horst	Jüngst, Dieter
Stadtsportverband	Englert, Franz	Bielich, Norbert
Stadtsportverband	Krause, Xenia	Strunk, Werner
Stadtsportverband	Otto, Maik	Wunderlich, Frank

### Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
BUND	Zapletal, Martin	Banken, Ulrich
NABU	Semper, Manfred	Prof. Dr. Witte, Klaudia
LNU		
DGB		
IHK	Haeger, Stephan	Langer, Hans-Peter
KHW		

Fridays for Future		
--------------------	--	--

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

- 35. 1. Nachbesetzung in verschiedenen Ausschüssen**  
**2. Umbesetzung in Organen Juristischer Personen**  
**3. Wahl der weiteren stellvertretenden Mitglieder**

Vorlage Nr. VL 111/2020

**Beschluss:**

**1. Nachbesetzung in verschiedenen Ausschüssen**

Rechnungsprüfungsausschuss

Ordentliches Mitglied Fraktion DIE LINKE

Dil, Yilmaz

Persönliche Vertretung

Becker, Melanie

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften

Persönliche Vertretung Fraktion DIE LINKE

Schloos, Ulrich (s. B.)

Verkehrsausschuss

Ordentliches Mitglied Fraktion DIE LINKE

Schneider, Silke

Persönliche Vertretung

Schloos, Ulrich (s. B.)

Betriebsausschuss ESi

Ordentliches Mitglied Fraktion DIE LINKE

Dil, Yilmaz

Persönliche Vertretung

Knips, Runu (s. B.)

Jugendhilfeausschuss

Ordentliches beratendes Mitglied Fraktion DIE LINKE

Schloos, Ulrich (s. B.)

Persönliche Vertretung

Ergün, Tulay (s. B.)

Ordentliches beratendes Mitglied des Jugendparlaments

Wilpert, Sarah (s. B.)

Persönliche Vertretung

Klöckner, Nils (s. B.)

Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid

Ordentliches Mitglied der Fraktion DIE LINKE

Dr. Bach, Horst (s. B.)

Persönliche Vertretung

Ergün, Tulay (s. B.)

Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau

Persönliche Vertretung Fraktion DIE LINKE

Zavadil, Michael (s. B.)

Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte

Persönliche Vertretung Fraktion DIE LINKE

Schloos, Ulrich (s. B.)

Integrationsrat

Ordentliches Mitglied der UWG-Fraktion

Bell, Achim

**2. Umbesetzung in Organen Juristischer Personen**Aufsichtsrat der Stadtmarketing Siegen GmbH

Mitglied FDP-Fraktion

Hellwig Raimund (s. B.)

**3. Wahl der weiteren stellvertretenden Mitglieder**

Gemäß der der Vorlage beigefügten Liste entsprechend den Benennungen der Fraktionen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen****2. Rat 15.12.2020**

1. Nachbesetzung in verschiedenen Ausschüssen
2. Umbesetzung in Organen Juristischer Personen
3. Wahl der weiteren stellvertretenden Mitglieder

Vorlage Nr. VL 111/2020 A

**Beschluss:****zu 1. Nachbesetzung in verschiedenen Ausschüssen**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt

in den Verkehrsausschuss:

Ordentliches Mitglied der SPD-Fraktion

Müller, Manfred (s. B.)

Persönliche Vertretung

Bornhütter, Nils (s. B.)

in den Jugendhilfeausschuss:

Persönliche Vertretung für den Jugendamtselternbeirat

Schulte, Alexander (s. B.)

**zu 3. Wahl der weiteren stellvertretenden Mitglieder**für die Volt-Fraktion

im Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung

Kammann, Jacob (s. B.)

im Ausschuss für Schule und Bildung

Gieseler, André (s. B.)

im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung

Stadthallen und Liegenschaften

Berg, Inka (s. B.)

im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Kammann, Jacob (s. B.)

im Bauausschuss

Kammann, Jacob (s. B.)

im Kulturausschuss  
im Sport- und Bäderausschuss  
im Verkehrsausschuss

Berg, Inka (s. B.)  
Pagelsdorf, Jonathan (s. B.)  
Wittenburg, Samuel

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

**36. Smart City Siegen Strategie: Beteiligung an dem Modellprojekt "Netzwerk vor Ort - Smart Cities" und Absichtserklärung zur Teilnahme am nächsten Wettbewerb "Modellprojekte Smart Cities" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat**

Vorlage Nr. VL 113/2020

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. Die Universitätsstadt Siegen beteiligt sich an dem Modellprojekt "Netzwerk vor Ort - Smart Cities" als Folgeprojekt zu dem bereits gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Innenstadt NRW im Jahr 2018 durchgeführten Smart City Auftaktprojekt.
2. Die Universitätsstadt Siegen beantragt im Rahmen der Mitgliedschaft bei dem Modellprojekt "Netzwerk vor Ort - Smart Cities" eine Bundes- oder Landesförderung zur Unterstützung Ihrer Aktivitäten, insbesondere zur Entwicklung kommunaler Ziele, Strategien und Maßnahmen zur Gestaltung der Smart City sowie der damit verbundenen Förderung notwendiger Ressourcen. Auf Bundesebene gilt dies besonders für den im Frühjahr 2021 zu erwartenden Wettbewerb "Modellprojekte Smart Cities" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.
3. Die Universitätsstadt Siegen entwickelt daher eine Smart City Strategie, die nicht nur als sektorales Projekt zu verstehen ist, sondern die räumlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Digitalisierung fachübergreifend betrachtet, auch als Grundlage für weitergehende Förderungen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**